INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

auswärts
2,50 DM



Nr. 205

27. August 1992

Vorwort:

Sicherlich haben die meisten von euch die Bilder aus Rostock gesehen - und einige sind ja auch hingefahren. Es ist nur ein Text Sonntagmorgen gekommen, aber der Ablauf der Ereignisse ist ja wohl ungefähr bekannt. Wieder einmal ist eine extreme Steigerung des Rassismus zu verzeichnen. Besonders deutlich tritt in Rostock-Lichtenhagen die Paarung von Rassismus von unten mit dem staatlichen Rassismus hervor. Die Bullen haben in der Nacht von Samstag auf Sonntag durch sehr wenig Einsatzkräfte eine Ermunterung gegeben - obwohl vorher klar war, was passieren würde.

Von Sonntag auf Montag haben sie sich dann mediengerecht verteidigt, aber ein Interesse die Angriffe ernsthaft zu unterbinden, war nicht zu erkennen. So haben sie z.B. in aller Ruhe zugeschaut wie die Faschos immer wieder Steine von den S-Bahn-Gleisen geholt haben.

Die Verschärfung dessen war dann in der Nacht von Montag zu Dienstag der stundenlange vollständige Rückzug der Bullen, der sogar im Radio direkt gesendet wurde: Dies konnten die Faschos als Einladung zum Abfackeln des Heims auffassen.
Auch hier haben die Bullen die Vorgänge von der Fußgängerbrücke aus in aller seelenruhe beobachtet.

Die Politiker zeigen Verständnis oder ziehen Vergleiche mit Brokdorf, ..."und außerdem muß das Grundgesetz ...bla ...bla ..."
Es ist klar: die Unterlassung ist politisch gewollt. Menschenleben werden in Kauf genommen. Angesichts dieser erneuten rassistischen Qualitätssteigerung sind wir doch enttäuscht über die geringe Beteiligung an der Demo am Montag nachmittag und erst recht abends am Breitscheidtplatz, wo sich gerade mal 70 Leute einfanden.
Grüße an die GenossInnen aus Bonn, die ihre Wut in einer Scherbendemo entladen haben. Reaktionen aus anderen Städten sind uns bisher nicht bekannt. Wichtig wäre, daß auch innerhalb der Woche Leute nach Rostock fahren. Es gibt dort noch ein Flüchtlingsheim, mehrere besetzte Häuser, und unter anderem ist auch das JAZ (Jugend-Alternativ-Zentrum) bedroht. Außerdem sind trotz der rassistischen Übermacht auch in Lichtenhagen noch antifaschistische Aktionen möglich. Wir haben immer wieder gehört, daß Faschos in der Umgebung des Heimes kräftig aufs Maul gekriegt haben. Wenn ihr euer Szene-Outfit ablegt und zufällig auch noch weiße Hautfarbe habt, könnt ihr euch dort ohne weiteres bewegen.
Ansonsten informiert euch über weitere Aktionen. Fest steht bisher, daß am Sonnabend um 13 Uhr eine Demo in Rostock stattfinden wird. Die VV dazu ist am Donnerstag, also heute, um 20 Uhr im Mehringhof.

Fortsetzung folgt auf Seite 3 4.

Inhalt:

Ordner:
"Le Sabot" Bonn
TKPML (B)
Nachbereitung WWG
Ökoimperialismus WWG
Philippinen
Widerstand in Pyrenäen
zu Palestina (englisch)
ZK der PCE (r)
Kinzig 9
Rev. Funke zu Miete
Spitzel Tübingen
Antifa Buxtehude

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Jugendalternativzentrum e.V.
A.Bebel Str.92
2500 Rostock
Tel. 454310

Bericht über Ereignisse an der ZAST Lichtenhagen

Der Senat der Stadt Rostock verfolgt seit längerem die Linie ankommende Asylbewerber vor der ZAST campieren zu lassen, um somit weitere Ankömmlinge abzuschrecken. Damit ist eine unhaltbare Situation für die Anwohner entstanden. Eine Verlagerung der ZAST war für den 1.9.92 geplant. Rechtsextreme Gruppierungen versuchen nun die Situation in letzter Minute für ihre Politik auszunutzen.

-Donnerstag, 20.8. Meldung in OZ und NNN, dass Überfall und "Aktionen" gegen Asylantenwohnheim im Rostocker Neubaugebiet Lichtenhagen (Zentrale Aufnahmestelle Meck/Vopo ZAST)
-Aktionen wurden vorbereitet und anfangs koordiniert durch eine sogenannte Bürgerwehr
-Sonnabend 22.8. vormittags: Ankündigung im Radio
-gegen 20.30 Uhr erster Angriff durch ca. 50 Rechtsradikale aus einer Menge von 400-500 Leuten heraus
-Polizei war nur spärlich vertreten durch Einsatzkräfte der umliegenden Wohngebiete;
-in der Folgezeit kam es unter ausländerfeindlichen Parolen zu ständigen Angriffen mit Steinen, Feuerwerkskörpern und Molotow-Cocktails von bis zu 200 Menschen, größtenteils bekannte Rechtsradikale
-die Menschenmenge wuchs zeitweise auf ca 1000 an (unter ihnen auch zahlreiche Teilnehmer der Rostocker DVU-Veranstaltung am 13.6.92)
-die Polizei (ca. 50) konnte lediglich die Eingänge der ZAST sichern, war aber mit anderweitiger Sicherung des Hauses vollkommen überfordert
-eingesetztes Tränengas wurde teilweise auf Beamte zurückgeworfen
-sporadische Angriffe der Polizei wurden immer wieder zurückgeschlagen, Beamte umzingelt und verprügelt
-Menschen sperrten Stadtautobahn und andere Straßen ab und unternahmen Verkehrskontrollen
-ein Auto ankommender Vietnamesen wurde angegriffen und zerstört, die Insassen konnten fliehen
-ein Lada und ein B 1000 der Polizei wurden im Zuge der Auseinandersetzungen ausgeräumt und angezündet
-Polizeieinsätze blieben auch im Laufe der Nacht spärlich und hinterließen den Eindruck vollkommener Führungslosigkeit
-gegen 2.00 Uhr trafen angeforderte zusätzliche Einsatzkräfte, inform von 20 Beamten und 2 Wasserwerfern ein, diese wurden mit Steinen empfangen, Wasserwerfer drängten die Menschen Richtung Heim
-Wasserwerfer wurden ziellos eingesetzt, so daß diese nach einer halben Stunde entleert abzogen
-daraufhin gingen die Angriffe weiter
-gegen 3.45 Uhr erneuter Aufzug der Wasserwerfer, Zerstreuung des größten Teils der Jugendlichen
-in der Bevölkerung machte sich die Zeit über Progromstimmung breit(Hetzer geben ununterbrochen Erfolgsmeldungen über CB)
-von Erhaltungswohnern bewohnte Häuser wurden in der Nacht aufgesucht, Rechtsradikale versuchten einzusteigen

-Sonntag 23.8.;morgens Sonntagsruhe
- Zivibullen stehen in der Innenstadt
-gegen Mittag erneute Unruhen(ca.100 Menschen lt. Radio)
-erneute Steinwürfe auf das Heim
-Meldungen über Unruhen wurden bereits bundesweit im Radio gesendet:Anreise weiterer organisierter Faschisten zu erwarten

STOPPT DIE POGROME

Wie aus ganz normalen BürgerInnen Rassisten werden

Bundesweite Demonstration gegen die rassistischen und faschistischen Pogrome in Rostock

ROSTOCK, Samstag den 29.08.92 13.00 Uhr

VV, Donnerstag 27.08 20.00 UHR

Versammlungsraum im Mehringhof, Gneisenaustr. 2A, Berlin 61



wir wissen

- dass die fa. sippel busreisen schon oft für nazis fuhr und auch neulich nach wunsiedel,
- dass deshalb am 15.8.92 7 busse in wiesbaden-delkenheim beschädigt wurden,
- dass das sippel wieder passieren wird, wenn er weiter für faschisten fährt,
- dass in mainz zwei nazi-pkws von wunsiedel-fahrern platt waren,
- dass der kampf gegen den faschismus weiter geht!

wir wissen nicht,

wie wir uns nennen sollen

☆

Kaum erreichbare ihr!
in den Konzentrationslagern begraben
abgeschnitten von jedem menschlichen Wort
unterworfen den Mißhandlungen
niedergeknüppelt, aber
nicht widerlegte
Verschwundene, aber
nicht vergessene

(B. Brecht 1933)

Kein Vergeben, kein Vergessen, nicht den Tätern und nicht denen, die das Morden leugenen. Wir haben gestern Nacht das Haus von Ernst-Günther Kögel, Remscheid Bornsiepen 8, besucht. Wir haben die Fassade mit Farbe verschönert und die Glaseingangstür zerstört.
Kögel ist kein Straßenfaschist, keiner von denen, die sich nachts aufmachen und Flüchtlingsheime angreifen. Er gehört zu den ideologen des faschistischen Terrors. Kögel ist eine kleine, aber fette Spinne im verzweigten Nazinest. Er taucht überall da auf, wo die Verbrechen und die Kriegsschuld von Nazideutschland geleugnet werden.Er war Verbreiter einer Broschüre über das Leuchtergutachten, in dem pseudo wissenschaftlich bewiesen wird, das Vergasungen in Auschwitz technisch nicht möglich waren. Das OLG Düsseldorf verurteilte ihn dafür zu einer Geldstrafe von 12600 DM.) Er ist darüberhinaus Mitglied in zahllosen revanchistischen und faschistischen Grüppchen: u.a. ist er Vorsitzender der Vereinigung gesamtdeutsche Neutralität, Mitglied im ökofaschistischen "Weltbund zum Schutze des Lebens und arbeitet aktiv im Nazivordenkertreff der Heimvolksschule Vlotho, dem Collegium Humanum mit.
Gerade jetzt, wo aller Orten die "unschönen Vorgänge" der deutschen Geschichte "entsorgt werden, wird die Revisionisten-Kampagne der Faschisten immer wichtiger und fällt auf fruchtbaren Boden.
Mit der Aktion wollen wir dieses Nazischwein ans Licht der Öffentlichkeit zerren. Neben dem Angriff und Kampf auf der Straße gegen die Nazis, wird es immer wichtiger die Drahtzieher und Reisekader, die noch weitgehend ungestört ihre Geschäfte betreiben können, anzugreifen und ihnen die Ruhe zu nehmen.
Wir haben Kögel bewußt in dieser Nacht heimgesucht: Wir hoffen, daß der Berufschullehrer als ordentlicher Doitscher den ganzen Tag mit dem Aufräumen seiner etwas verunstalteten Wohnung beschäftigt sein wird und die beschwerliche Reise nach WUNSIEDEL gar nicht erst antritt.
Wunsiedel ist zum Wallfahrtsort von Alt und Neunazis geworden, auch dieses Jahr werden Nazis aller Schattierungen zum Gedenkmarsch Rudolf Hess anreisen.
Wir hoffen auf eine starke und entschlossene Demo . Grüße auch an die GenossInnen, die die Anfart der Nazis verlustreich gestalten wollen. Auf gutes Gelingen!!
Kein Vergeben, kein Vergessen! Zerschlagen wir das braune Netz!
Freiheit für den in HH verurteilten Antifaschisten Bögelein!

ANTIFASCHISTISCHE GRUPPE ARTHUR BECKER
(Becker war aktiver Remscheider Kommunist und fiel im spanischen Bürgerkrieg)

Aufruf

Im September vorigen Jahres begannen FaschistInnen in Hoyerswerda die schwersten Ausschreitungen gegen Flüchtlinge und ausländische Menschen seit Ende der Nazi-Diktatur. Ziel war es, Hoyerswerda zur ersten "AusländerInnenfreien" Stadt der BRD zu machen. Diese extremistischen Überfälle erinnerten in furchtbarster Weise an die Pogrome in Nazi-Deutschland. Spätestens seit Hoyerswerda sind faschistische Übergriffe an der Tagesordnung. Dazu kommt, daß die Faschisten am 26. September 1992 einen Aufmarsch angemeldet haben. Danneberg, der Vorsitzende der "Deutschen Alternative" in Hoyerswerda propagiert überall in der BRD, er könne Ratschläge geben, jede deutsche Stadt "AusländerInnenfrei" zu machen. Deshalb rufen wir zu einer kraftvollen, internationalistischen und antifaschistischen Großdemonstration auf !



KOMMT ZAHLREICH ZUR DEMONSTRATION AM 26.09.1992 NACH HOYERSWERDA!

Gemeinsam gegen faschistischen Terror! Für eine bunte, phantasievolle und entschlossene Demonstration!

Demobeginn : 14[00] Uhr Hoyerswerda

Ort : Spremberger Chaussee - Thomas Münzer Straße

V.i.S.d.P. J. [illegible] 1000 Berlin 33

Treffen wir uns am 5. September rechtzeitig in K[...]
um die Faschoversammlung zu verhindern!

DVU
DEUTSCHE VOLKSUNION

DEUTSCHE VOLKSUNION Paosostraße 2 8000 ...

Paosostraße 2 8000 München 60
Telefon (089) 8348065 Telefax (089) 8341534
Telex 524685

...chen Konto-Nr. 6656-804 BLZ 700 100 80
...Konto-Nr. 613592-201 BLZ 200 100 20
...Nr. 2714370 BLZ 701 900 00

12.8.1992

Dr. Frey kommt!
==========================

Liebe Mitglieder und Freunde
der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU),

nach unseren spektakulären Erfolgen bei den jüngsten Landtagswahlen ist die DVU als stärkste deutsche Rechtspartei in aller Munde. Am **Samstag, 5. September 1992**, spricht zu uns der DVU-Bundesvorsitzende und Herausgeber der DEUTSCHEN NATIONAL-ZEITUNG, **Dr. Gerhard Frey**. Sie sind herzlich eingeladen.

Die Veranstaltung findet statt in der Gaststätte **"Märkischer Hof", Fontaneplatz in O-1600 Königs Wusterhausen. Beginn: 13.00 Uhr** (Einlaß ab 12.00 Uhr).

Dr. Frey spricht zum Thema:

Deutsches Deutschland - DVU als Hoffnungsträger

Bitte lassen Sie sich diese hochinteressante Veranstaltung nicht entgehen. Auch Ihre Freunde, Bekannten und Verwandten sind herzlich willkommen.

Gerade jetzt, da Asylbetrug und Überfremdung ausufern, da die D-Mark abgeschafft und Deutschland in einem multikulturellen EG-Europa aufgehen soll, braucht Deutschland die DVU als echte Alternative zu den alten Parteien.

Bitte unterstützen Sie unsere junge, erfolgreiche Rechtspartei auch durch Ihre Spende. Durch regelmäßige Lektüre der DEUTSCHEN NATIONAL-ZEITUNG und DEUTSCHEN WOCHEN-ZEITUNG erfahren Sie Hintergründe des politischen Tagesgeschehens, von denen der Normalbürger nicht einmal ahnt.

Dr. Frey freut sich auf den 5. September!

Mit den besten Wünschen

Bernd Dröse
Pressesprecher

Diese Blatt wurde uns so zugeschickt.
Über eine etwaige Mobilisierung müßt ihr euch auf jeden Fall noch genauer informieren!!!



Feste feiern – bis sie fallen !

Nach Berlin und Hamburg soll der Sieg des Kapitals und des deutschen Größenwahns dieses Jahr in Schwerin "gefeiert" werden. Wollen wir Politik & Kapital durch Grabesstille in ihrer Überlegenheit bestätigen ?! Oder wollen wir ihnen bunt und lautstark zeigen, daß sie uns nicht vergessen können?
Bereiten wir ihnen Kopfschmerzen und schlaflose Nächte, wie sie in Schwerin ihre pompösen Feierlichkeiten ungestört präsentieren können! Wir wollen nicht nur soziale Gerechtigkeit für Ost- und Westdeutschland, sondern eine neue gerechte Weltordnung.

Schluß mit dem BlaBla. Auf zur Tat ! ! ! Auf nach Schwerin ! ! !

Von Berlin (und anderswo) werden Busse organisiert.

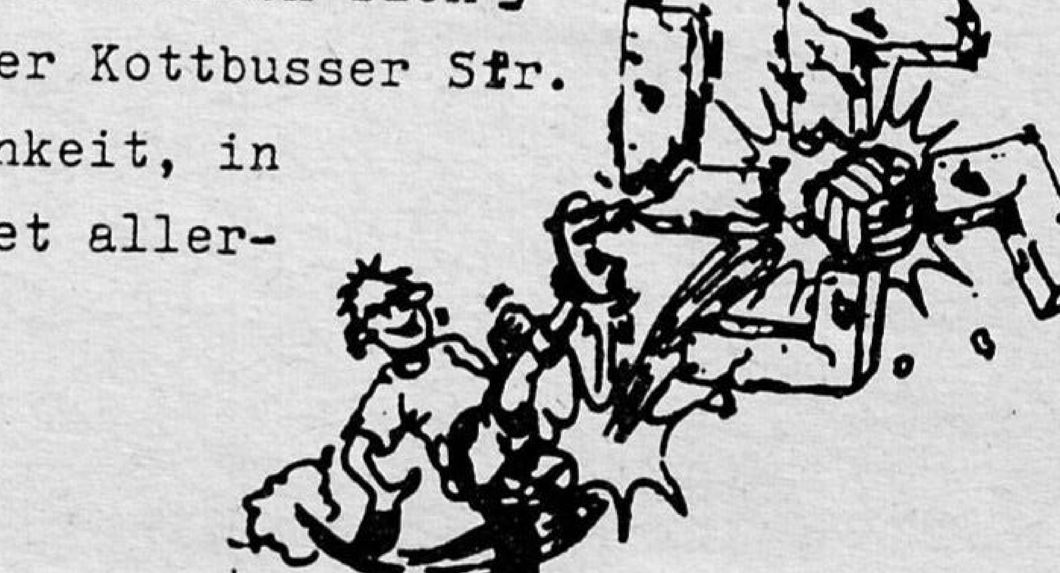
Autonome Koordinierungsgruppe Berlin - Schwerin

Aufruf zur Unterstützung der Fans von TÜRKIYEMSPOR bei der Fahrt nach THALE/HARZ am 6.9.92

Am 6.9.92 muß TÜRKIYEMSPOR zu einem Meisterschaftsspiel nach THALE/HARZ reisen. Beim letzten Aufeinandertreffen dieser beiden Mannschaften wurden die Türkiyemfans von Nazis und örtlichen Jugendlichen massiv rassistisch bedroht. Damit Ihr wißt, warum wir für Thale Antifas mobilisieren, wollen wir das Erlebte kurz schildern:
Während des Spiels sammelten sich im Stadion vor einem Getränkestand ca. 30 Jugendliche, unter denen sich erkennbar Nazis befanden. Kurz vor der Halbzeitpause bewegte sich der Trupp Richtung Türkiyem-Block. Wir hatten die Hoffnung, daß die zahlreich anwesenden Ordner, Wachschutz-Leute und Bullen die Jugendlichen aufhalten würden, zumal wir nur ca. 20 Leute waren, darunter einige Kinder. Aber nichts dergleichen geschah. Die Jugendlichen marschierten locker bis zu unserem Block, wo dann ein Skin einen Baseballschläger zückte und damit drohend herumspielte. Die zuschauenden Ordner und Bullen griffen erst ein, als wir sie direkt auf den Baseballschläger hinwiesen. Ein Bulle bequemte sich nun, dem Skin das Ding - in kumpelhaftem Ton - abzunehmen. Auf die Idee, ihn des Stadions zu verweisen, kam der Bulle nicht. Ihm kam auch nicht in den Sinn, den Türkiyem-Block nun besser schützen zu lassen. Im Gegenteil: Der Skin wurde laufengelassen, worauf er gleich zu uns kam und uns Prügel androhte, weil wir ihn bei den Bullen verraten hatten. Die Jugendlichen rückten nun direkt an den Türkiyem-Block heran und begannen eine massive Beschimpfung der Türkiyemfans mit allen bekannten rassistischen Sprüchen. Eine halbe Stunde lang mußten wir uns dieses anhören, und auf unsere Beschwerden bei den Ordnern bekamen wir Antworten wie: "Die tun Euch doch nichts, hört doch einfach nicht hin", oder auch: "Was soll ich machen, auch die Jugendlichen haben Eintritt bezahlt". Als sie zum wiederholten Male "Deutschland den Deutschen - Ausländer raus!" riefen, merkte der Ober-Ordner, daß die Jugendlichen nun politische Parolen rufen (was nach Fußball-Offiziellen-Meinung nicht sein darf) und die Ordner daher aktiv werden müßten. Deren Aktivität beschränkte sich allerdings lediglich darauf, uns anzubieten, in dem abgetrennten Bereich vor den Umkleidekabinen den Rest des Spieles zu verfolgen, was wir angesichts unserer zahlenmäßigen Unterlegenheit annahmen. Gröhlend nahmen daraufhin die Jugendlichen unsere Plätze ein, nicht ohne noch Leute von uns anzugreifen, um unser Türkiyem-Transparent zu klauen.
Soweit zu den Vorfällen im Mai in Thale. Bestürzt hat uns nicht so sehr die rassistische Beschimpfung sondern mehr die Tatsache, daß die reichlich vorhandenen Ordner und Bullen nicht bereit waren, uns zu schützen und dem lautstarken Rassismus Einhalt zu gebieten. Dieses Nicht-Verhalten hat den Jugendlichen zu ihrem Triumpf verholfen, der sie wiederrum darin bestärkt, in diesem Stile weiterzuverfahren.
Noch ein paar Worte zur Zusammensetzung der Jugendlichen: Zum großen Teil waren es "normale Kids", dazu einige Skins und ein Nazi-Trupp mit Tarnjacken, Kurz-Haarschnitt und Hund (großer, brauner Setter) sowie zwei Wortführer. Der eine war ein großer und schmächtiger Skin mit Baseball-Mütze, die mit einem Reichskriegsflaggen-Aufnäher"verziert" war. Der andere sah aus wie ein pummeliger, biederer Familienvater und war auch entsprechend älter. Er fiel durch besonders dumme Sprüche auf.
Ziel unserer Mobilisierung soll nicht nur das Bilden eines antirassistischen Fan-Blocks sein, sondern auch der Protest gegen das skandalöse Verhalten der "Sicherheitskräfte" im Mai. Auch sollte durch besonnenes und differenziertes Verhalten den Nazi-Figuren zu verstehen gegeben werden, daß sie unerwünscht sind. In diesem Sinne hoffen wir auf rege Unterstützung.

Aufrufer:
Türkiyemspor Fan-Club Kreuzberg
A.F.F.I. - Berliner Fußball-Fans gegen Rassismus
UNION-Fans gegen Rassismus
Antirassistische BFC DYNAMO-Fans

Die Berliner UnterstützerInnen treffen sich 9°° am 6.9. mit ihren PKW's in der Kottbusser Str. Dort gibt es auch die Möglichkeit, in Fan-Bussen mitzufahren, kostet allerdings ca. 20,-- DM!



– GEGEN DAS VERGESSEN -
– FREIHEIT FÜR GERHARD BÖGELEIN –

Am 31.8.92 beginnt in Kiel in der PUMPE eine Veranstaltungsreihe, welche die Hintergründe eines Prozeßes darstellt, der neben den Ausnahmezustandsprozeßen im Rahmen der 129a Verfahren zu den widerlichsten Machwerken bundesdeutscher Klassenjustiz gehört.

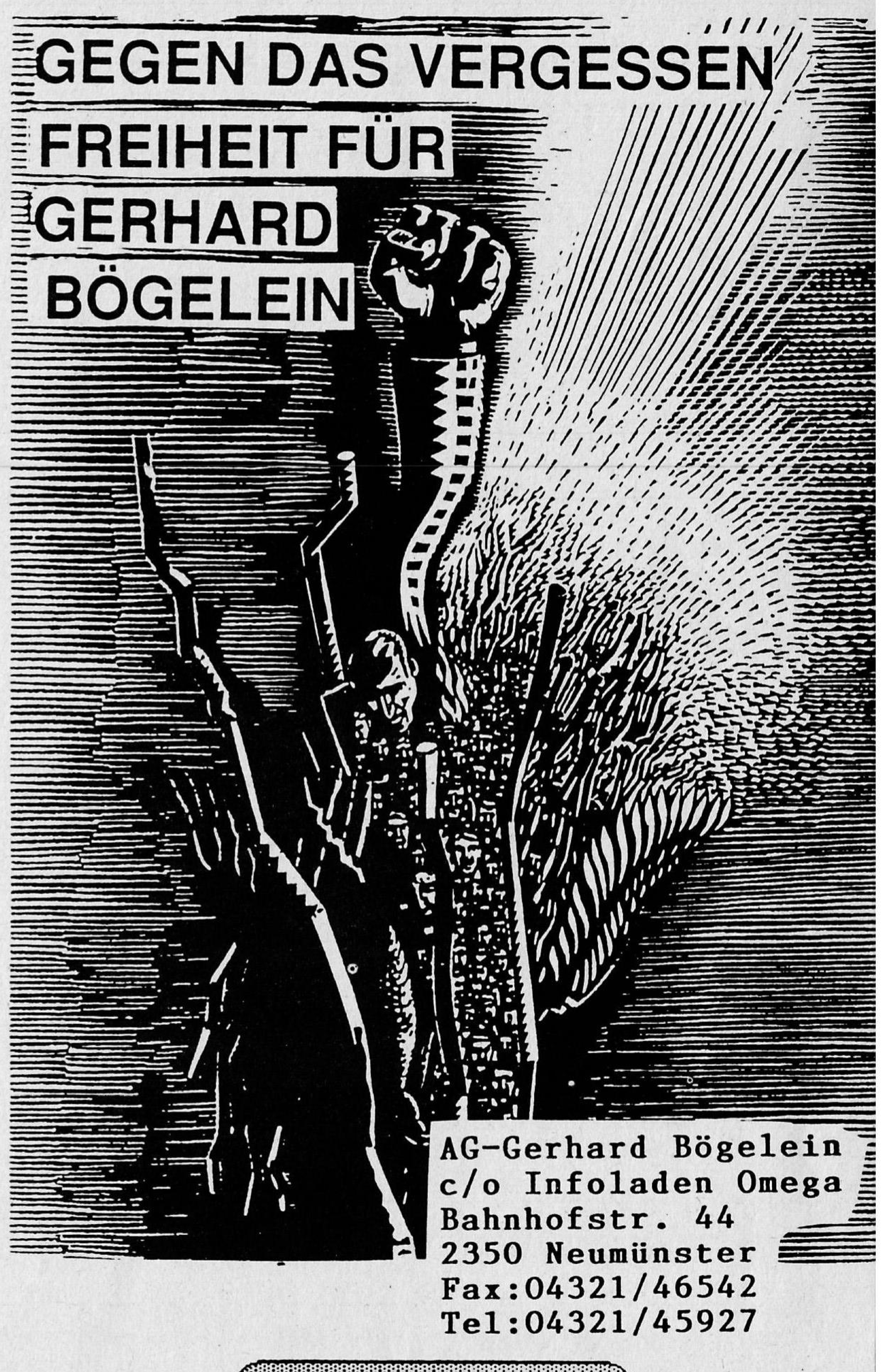
Am 18.5.92 wurde Gerhard Bögelein (69) von der Hamburger Justiz zu einer lebenslangen Hafstrafe verurteilt. Ihm wurde zur Last gelegt, daß er an der Tötung des Blutrichters Kallmerten im sowjetischen Kriegsgefangenenlager (Klaipeda) beteiligt gewesen sein soll.
In diesem sowj. Kriegsgefangenenlager trat der äußert seltene Fall ein, daß einer der nationalsozialistischen Blutrichter nicht nur von der sowj. Justiz zur Verantwortung gezogen wurde, sondern von den Menschen, die direkt Betroffene waren. Durch die BRD-Justiz wurden Nazi-Richter nicht zur Rechenschaft gezogen. Und wenn durch öffentlichen Druck kein anderer Ausweg mehr gesehen wurde, dann wurden einzelne, bei vollem Bezug ihrer Pensionen und Ehren, in den Ruhestand versetzt.
Seit 1952 stehen nun neben Gerhard Bögelein, Karl Kielhorn und H. Weniger auf der Abschußliste der bundesdeutschen Justiz, seit Kurt Steckel, ebenso wie der erschlagene Kallmerten "gesinnungstreuer" Nazi-Richter, Anklage gegen diese antifaschistischen Widerstandskämpfer erhob. In diesem Prozeß wurde hunderten Alt-Nazis die Möglichkeit gegeben, sich über die Lager-Antifa auszulassen und einen der IHREN zu rehabilitieren. Es sollte Rache an denen genommen werden, die mit dafür gesorgt haben, daß IHR nationalsozialistisches Terrorregime nicht mehr die Macht hatte. Genannt wurde das Ganze dann, "Ermittlungsverfahren in Rahmen eines Mordprozeßes" und war doch nichts anderes als die Rache der alten faschistischen Verbindungen, die nach 1945 ungehindert weiter agieren konnten.

Gerhard Bögeleins Geschichte und Lebenslauf stellt besonders heute, nach der sogenannten Widervereinigung, für alle Geschichtsrevisionisten, Altnazis, Faschismusverharmloser und gewissenlose Mitläufer, eine Provokation dar. In besonderem Maße soll hier ein Exempel statuiert werden, weil Gerhard Bögelein dadurch, daß er der faschistischen Wehrmacht den Rücken kehrte, zur Roten Armee überlief und das Gewehr umdrehte, deutlich macht, daß es Menschen möglich war, sich gegen den Nationalsozialismus zu entscheiden. Er widerlegt damit die Tendenz der bundesdeutschen Geschichtsfälschung, daß es den Menschen damals nicht möglich war sich aufzulehnen.

Die über mehrere Wochen jeweils Montags stattfindende Veranstaltungsreihe wird Informationen und Einschätzungen darüber geben:
- Wer der erschlagene Blutrichter Kallmerten war und für was er stand
- Welche Funktionen der Faschismus hatte und welche Bedeutung er bis heute hat
- Das die personelle Kontinuität in Staat und Wirtschaft auch politische Kontinuität bedeutet
- Welche politische Funktion der Prozeß neben dem Rachebedürfnis der Justiz heute hat
- Wer Gerhard Bögelein ist, seine Geschichte und die Geschichte des antifaschistischen Widerstandes
- Über die Versuche, die es nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus gab, die Renazifizierung zu verhindern und eine Gesellschaft auf anderer Grundlage zu schaffen
- Welche Brüche es in der Kontinuität von Herrschaft und Widerstand gab und gibt
- Antifaschistische Perspektive

Die Veranstaltungsreihe soll dazu beitragen, die absolute illegitimität des Prozeßes gegen Gerhard Bögelein darzustellen, ihn sofort aus dem Knast zu befreien, die Verbrechen der herrschenden Klassen in Deutschland nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und letztendlich mit dazu beizutragen, die zukünftigen Pläne des agressiver werdenden deutschen Imperialismus zu durchkreuzen.

Veranstaltungs Reihe
31.08. - 23.11.92



Fax:04321/46542
Tel:04321/45927

PUMPE

Kiel Haßstr. 22

Ab Januar 1993 würden wir in anderen Städten Veranstaltungen zu dem Prozeß und seinen Hintergründen machen. Wenn interesse besteht, meldet euch in Neumünster.

Einige Worte zur diesjährigen Wunsiedel/Bayreuth/Hof/Rudolstadt - Mobilisierung/Demonstration
---

Die Mobilisierung begann dieses Jahr bundesweit mit ausführlichen Konzepten bereits sehr zeitig. Leider beteiligten sich kaum Leute/Städte an dieser Vorbereitung. Trotzdem wurde auf mehreren Treffen ausführlich über die Art und Weise einer Demonstration, ob sie überhaupt stattfinden kann/soll und über die Tatsache, daß die Demo eingebettet sein sollte in andere Aktionsformen, die aber widerum eine große Demo voraussetzen, gequatscht. Dabei wurde u.a. festgestellt daß mit der Demo an sich kein Nazi-Aufmarsch zu verhindern ist, daß wir ihnen damit aber eventuell "Räume und Plätze" nehmen können um sie so möglichst stark zu behindern. Weiterhin war klar, daß die Faschos am effektivsten ganz woanders als auf der Demo zu verhindern sind und entsprechende Gruppen sollten/wollten sich darum kümmern (für die Massen an Leuten, die da verlauten ließ, daß sie die Demo nicht interessiere, weil sie ihr Ding so oder so machen, ist so gut wie nichts gelaufen!). Auf Grund der Einsicht, daß der Aufmarsch nicht mit einer Demo zu verhindern ist, da die letztjährigen Erfahrungen zeigten, daß die Bullen immer eine räumliche/zeitliche Trennung hinbekommen haben, haben wir uns eine eigene gute, starke Demo mit eigenen Inhalten vorgenommen, nach Möglichkeit natürlich an dem Ort, wo die Faschisten sein sollten. Gleichzeitig sollte probiert werden, die Faschos offiziell aus dem Rennen zu werfen (Beispiel Karlshorst Mai 92) und natürlich sie bestmöglich auf dem Weg aus ihrer Stadt zur Demo zu be/verhindern.
U.a. durch einen Anmeldezirkus ohne gleichen unsererseits ist es gelungen, daß die Faschos an allen Orten, wo sie Demos anmeldeten, verboten wurden. Das waren erst Wunsiedel, Bayreuth, Plauen und dann an die 20 Anmeldungen in Sachsen und Thüringen und anderen Orten. So war es am Vorabend auch nicht möglich, eine Prognose zu stellen, wo sie denn nun demonstrieren werden. Das einzige, was am Vorabend bekannt wurde, war, daß die Raststätten Hermsdorfer Kreuz, Triptis, die Stadt Gera und die Tankstelle nördl. des Hermsdorfer Kreuzes Treffpunkte für Samstag zwischen 12.30 und 13,00 Uhr sein würden. (alle vier Punkte liegen relativ dicht beieinander) Das DeligierInnentreffen am Vorabend in Nürnberg entschied sich nach mehrstündiger Diskussion dafür, am nächsten Morgen erstmal das eigene Konzept (3 Konvois + Demo) solange durchzuführen, bis definitiv bekannt wird, wo die Faschos denn nun aufmarschieren.
Am nächsten Tag gab es dann die Konvois, die auch ohne Vorkontrollen bis zur Demo in Hof kamen. Weil die Konvois auf Wunsiedel/Bayreuth ausgelegt waren, mußte der DDR-Konvoi einige Zeit auf die anderen warten. Dann gabs noch ein paar org. Probleme mit den Lautis bevor es endlich gegen 15.30 Uhr losgehen konnte. Die Demo selber hat Spaß gemacht und verlief in guter Stimmung. Eine große Panneaktion gab es während einer Zwischenkundgebung, als von einem hinter dem Frauenblock laufenden Typen Sexismus pur geäußert wurde. Wann werden wir es endlich schaffen, über ungeklärte Sachen konstruktiv zu diskutieren und nicht die Diskussion auf diese Art und Weise zu blockieren. Kurz vor Ende der Demo kam dann die Meldung, die wir schon nicht mehr erwartet hatten: Die Faschos marschieren in Rudolstadt. Jetzt wurde noch probiert, eine geschlossene Fahrt nach Rudolstadt zu organisieren, was erfolgreich durch Provokationen des USK (daß sich bis dahin auf Anweisung des BGS-Einsatzleiters von der Demo inclusive Seitentransparenten + Vermummten weitgehend zurückhalten mußte)

verhindert wurde. So kam es zu einzelnen Abfahrten, wo die ersten Autos, die die Stadt verließen auch promt von dort wartenden Faschos angegriffen wurden. Kaum waren die Antifas in der Überzahl, war das USK da, um die Faschos in Schutzhaft zu nehmen. Der folgende Rest war auch nur noch Panne. Die in Pösneck angekommenen Leute ließen sich durch Radiomeldungen in Panik versetzen und bekamen gerade noch so eine geschlossene Abfahrt hin und in Hermsdorf wurden 2 zerstörte Ziviautos mit knappen 100 Personalienkontrollen bezahlt.
Fazit: Durch die massenhafte Verbote der Faschoaufmärsche blieb der erwartete Schulterschluß mit den Schlips und Kragen Faschisten (DL, REP u.s.w.) aus und auch ausländische Faschisten erschienen weit weniger als erwartet. Außerdem mußten sie in der Pampa weit ab von Wunsiedel und außerhalb von Bayern demonstrieren. Das soll natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß knapp 2000 Faschisten fast ausschließlich aus dem GdNF-Spektrum eine verdammte Menge ist.
Das bei uns einiges schlecht bis gar nicht lief, lag nicht an dem Versagen der zwei Hände voll Leute, die fast alles organisiert haben, sondern an denen, die trotz monatelanger Aufforderung, sich an der Vorbereitung zu beteiligen, nicht aus dem Knick kamen. Ein paar Tage vorher haben sie sich dann überlegt, überhaupt runter zu fahren und dann erwarten sie von den "MacherInnen", die sie ja aus ihrem antiautoritären Selbstverständnis so ablehnen, daß sie für sie eine perfekte Demo an dem Ort der Faschos organisieren, ihnen die Faschos zum Draufhauen vorführen und dann möglichst noch für eine sichere Heimfahrt sorgen. Hätten alle, die jetzt meckern und dicke Kritikpapiere an die Adresse der OrganisatorInnen schreiben, sich an der Organisation beteiligt, so hätten wir sicher viel mehr Spaß und Erfolg gehabt.
Sehr schlecht gelaufen ist leider das Meldesystem. Die Leute, die das übernommen hatten, haben nur mangelhafte Infos vom Hermsdorfer Kreuz geliefert und einer Info aus Rudolstadt wurde gar nicht nachgegangen. Wiederum ist dazu aber auch zu sagen, daß auch die MelderInnen über Unterstützung nicht unglücklich gewesen wären, jedeR hätte also für unsere Seite rausbekommen können, wo denn nun die nicht zu übersehende Anzahl von Nazis sich vom Hermsdorfer Kreuz aus hinbewegen tuen.

Es war leider kein Sieg aber es war auch keine Niederlage. In der diesjährigen Vorbereitung sind wir viele neue Wege gegangen und haben dabei wertvolle Erfahrungen gemacht, die wir in der Zukunft gut gebrauchen können. Eine Erfahrung hat sich allerdings bestätigt: Je mehr Leute mitmachen, umso mehr bekommen wir auf die Beine (und dieses Jahr waren es viel zu wenig und davon viele Leute, die kaum Erfahrungen hatten und erst recht keine mit Wunsiedel)

Zwei Leute, die sich ein bißchen mehr als zwei Nächte und einen Tag wegen Wunsiedel um die Ohren geschlagen haben und bestimmt mit am enttäuschtesten waren über die Tatsache, daß die Faschos dann doch demonstriert sind.

Impressionen zur Wunsiedel-Demo

15.August 1.00 Uhr nachts TU-Berlin,Treffpunkt für den Berliner Konvoi.-Ich bin gespannt,bin das erste Mal auf einer Antifa-Demo,will mich im Antifa-Bereich engagieren,ne Position kriegen...habe bisher immer bei dieser "Verhindern-Veranstaltungen sprengen-Schlagt sie,wo ihr sie trefft-Strategie" ein komisches Gefühl gehabt(wo bleibt eigentlich noch wofür wir sind und wo und wie wir uns von unserem Gegner unterscheiden).Aber wenn diese Verhinderungsstrategie überhaupt richtig ist...dann logisch Wunsiedel-das ist ja d i e zentrale Veranstaltung der Fachos-das war mir nach der Lektüre der Wunsiedel-Doku von Hamburger Antifas klar geworden.

Ich gehe ein bißchen rumgucken:"Manometer ,alles junge Leute;da komme ick mir mit meinen fast 40 ja etwas außen vor;keine bekannten Gesichter,ganz anderes "Publikum" als beim Antirassistischen Zentrum und den entsprechenden Demos" Wir sind ca.15-20 PKWś,ein paar Motorräder und 3 Reisebusse mit 6 Busfahrern-blöde für den Frauenbus,dabei hat "Bummel-Bus" auch Busfahrerinnen...aber jetzt mitten in der Nacht läßt sich da nichts mehr machen.Auch wo's hingeht ist unklar aber dafür kriege ich 2 verschiedene "Wichtige Infos für den Konvoi" in die Hand gedrückt.Organisationchaos???-Nein,Quatsch:Hier steht's doch mit 13 Ausrufungszeichen und gesperrt gedruckt:"Wir entscheiden je nach Situation,was wir machen".Weitere Infos:"Auffahrunfälle sind peinlich... und halten uns unnötig auf!-Nicht aus dem Fenster hängen(Unfallgefahr)!"-Aha,ein Glück,daß ich jetzt Bescheid weiß... dann kann's ja jetzt losgehen:erstmal Richtung Schleiz.Da kommen wir ohne Zwischenfälle an.(ca.6 Uhr)Nun ist Warten angesagt...auf Busse aus Cottbus und Leipzig...und überhaupt wie's weitergeht.-9 Uhr,das Warten nervt langsam-die ersten haben auch schon Bierbüchsen in der Hand...(war da nicht was mit "kein Alk" auf einem Infozettel?)-Frühstückshunger macht sich breit.Wir stehen aber mittten in der Pampas auf einem riesigen Parkplatz."Das darf doch nicht wahr sein!",Leute schleppen kistenweise Lunchpakete an.Jede(r) kann eins haben,so er/sie 3.-DM hat.-Die anderen Busse kommen auch...lautes Hallo...die Stimmung steigt.Jetzt gibt's für alle Infos:"Die Demo von den Fachos ist in Wunsiedel verboten worden!" Es bricht großes Jubelgeschrei aus."Ebeso in Bayreuth und Plauen!"-Wieder Jubel-"Und unsere Demo ist in Hof genehmigt worden!"-Und nochmal Jubel.Ich kann nicht so ganz mitjubeln,denn mir schießt es durch den Kopf:Klassenjustiz.Bullen und Justiz=Teile des Schweinesystems,Deutsche Polizisten schützen die Faschisten"...aber ich war ja auf keiner Vorbereitung,keiner VV und wie gesagt, das 1.Mal dabei...vielleicht ist das ja nur für mich 'n Widerspruch."-Von Fachoansammlungen keine Spur'bisher...

Jetzt geht's endlich los...nach Hof!-An der bayrischen Grenze(bisher waren wir in Thüringen)wird der Konvoi(jetzt 8 Busse und reichlich PKW's)gestoppt.Sofort steigen alle aus und stehen um die Busse rum und blockieren dabei auch den Gegenverkehr.Nach ca.10 Minuten kommen die Bus-Delegierten zurück:Wir können weiterfahren ohne Durchsuchung,wenn wir die Gegenfahrbahn räumen und uns eskortieren lassen.Und nun geht's mit Blaulicht vorn und hinten nach Hof.Da geht nun wieder das gewohnte Wartespiel los:Warten auf die restlichen Konvois,Sammeln,Fertigmachen der Lautis,Aufstellung der Blöcke.Die ersten Meldungen von Fachoansammlungen kommen über Funktelefon(werden aber z.T nicht an die Demo weitergegeben):50 Rastätte Nürnberg/Feucht,90 am Hermsdorfer Kreuz, 200 in Rodehorn.-Die Demo geht los.Ick habe auch endlich bekannte Leute gefunden und damit eine Reihe,wo ich mitlaufen kann.Wir sind ca.2000 Leute.Auffällig ist,daß kaum ausländische Menschen in der Demo sind.Die Stimmung ist toll...habe noch nie erlebt,daß Musik aus dem Lauti ausgebuht wurde,weil die Leute Parolen rufen wollen. [redacted]

Viele Transparente,auch Seitentranspis,einige sind auch nach Auffassung der Bullen vermummt,beides verstößt gegen Demoauflagen.Aber USK und BGS laufen zwar locker Spalier aber halten sich bis auf 1(?)Ausnahme zurück.Ob das am deeskalierendem Einsatzleiter oder daß die Demo mitten durch die Hofer Fußgänger'innenzone geht oder an der (internationalen)Kritik am Bulleneinsatz zum WWG???-Dann gibt's noch ein paar wirklich gute Redebeiträge und die Demo zieht zum Sammelplatz weiter/zurück.-2000 Leute,tolle Stimmung, gute Redebeiträge,keine Festnahmen,von den Fachos keine Spur!Eine gelungene Sache,voller Erfolg denke ich,als wir um 18 Uhr im Bus sitzen und auf den Rest warten,um im Konvoi nach Hause zu fahren.-Pustekuchen,ein typischer Fall von denkste.- Denn jetzt überschlagen sich die Ereignisse:

Die Bullen laufen provokant zwischen den Bussen und den auf den Wiesen sitzenden Leuten rum...und entdecken welche mit Steinen oder Stöckern...und machen 2 Festnahmen.Hektik. Gleichzeitig die Info:1500 Fachos in Rudolfstadt.Was tun? Erstmal losfahren,der Konvoi soll abfahren,da um die Festgenommenen wird sich gekümmert.Die ersten Fahrzeuge fahren los.Halt,bei uns fehlen noch 2 Leute-Scheiße,ungeduldiges Warten.Eine Frau kommt von vorne aufgeregt angerannt:"Der 1.Bus ist von Fachos angegriffen worden!"-Jetzt doch hinter

ner!?-Die Busfahrer streiten sich untereinander:Fahr doch endlich!-Da kommen zwei,seelenruhig mit Bierbüchsen in der Hand,angeschlendert...unglaublich.Der Bus fährt an,sie springen rein...nach 1km Stop:Krankenwagen,Hubschrauber und jede Menge Bullen...von vorne kommen sie uns entgegen:
Die ersten 3 PKW's sind von 4 Fachoautos angegriffen worden, ein Fachoauto ist von den Bullen hops genommen worden,ein paar Verletzte bei uns!-Scheiße,denke ich,von überall wissen wir wo die Fachos sind,nur in unserer unmittelbaren Nähe blicken wir nichts.-Noch'ne Aufregung:1 Bus ist weg! Fehlt einfach.Kann eigentlich nur vor der Bullensperre rechts abgebogen sein.Bis die Bullen die Straße freigeben kann's noch ewig dauern.Mit denen vorne beschließen wir,daß wir (auch)rechts abbiegen,den verschollenen Bus suchen und uns alle auf der Raststätte Frankenwald treffen wollen.-Nach 500m:"da isser ja!"-Erregte Stimmung-Wo ist Rudolfstadt überhaupt,wir müssen hin!"-Karten werden gewälzt.Kommentar der Busfahrer:im Konvoi und Landstraße reine Fahrzeit 2 Stunden,also frühestens 21 Uhr."Wir müssen uns ja erstmal mit den anderen treffen"-Also weiter
zur Raststätte.Kaum angehalten:"Fachos sind hier,nur in Gruppen aus den Bussen,Wache organisieren!"-Ich sehe nicht einen einzigen...Pause,Eis essen,Pinkeln,telefonieren,diskutieren.Inzwischen sind auch die anderen da.Aber nur die Berliner/innen:Die anderen Konvois sind schon nach Hause gefahren.Und der Leipziger Bus donnert gerade mit riesigem Polizeischutz an der Raste vorbei.Wir sind jetzt also mit den PKW's ca.300 Leute...und diskutieren ernsthaft,ob wir zu den 1500 Fachos fahren bzw.entgegen,denn inzwischen soll die Fachoveranstaltung beendet sein und sie sollen schon unterwegs hierher sein:Hauptsache hin...daß bei dem Zahlenverhältnis wir leicht auf die Mütze kriegen statt umgekehrt(falls die Bullen es dazu überhaupt kommen lassen)

zählt ebensowenig wie daß die Busse nur bis 24[00] bezahlt sind und die gesetzlich vorgeschriebene Lenk-und Schichtzeit für alle 6 Fahrer um 22 bzw.24 Uhr zu Ende ist und die Bullen nur auf Grund dieser Tatsache die 3 Busse für 8 Stunden irgendwo in der Wallachei festhalten können.
Die "Nichts wie hin-Fraktion" ist nicht zu überzeugen.Eine Trennung,daß die,die zu den Fachos wollen,sich auf die PKW's verteilen und umgekehrt,findet nicht statt.Immermehr Bullen strömen auf die Raste;ein Hubschrauber kreist jetzt auch drüber...und das Gerücht,die Fachos müssen gleich auf der gegenüberliegenden Seite ankommen.Stimmen:"Jetzt nichts wie weg!"-Mehrheit/Minderheit oder die Busfahrer per Zündschlüssel???-Ich weiß es nicht.Auf jeden Fall fahren wir jetzt nach Berlin...mit dem Kompromiß(?),daß wir auf den ersten Raststätten rausfahren und gucken(?)wollen.1.Parkplatz:Nur Bullen mit Wasserwerfer-durchstarten.2.Parkplatz: langsam rüberrollen...nichts-weiter.Auf der Autobahn:"da kommen Busse entgegen-Fachos!""Nee,Rentner/innen auf Kaffeefahrt!" 3.Parkplatz:"Da,da sind welche!Anhalten und rüber!" (über die Autobahn!!!)Eine Frau:Nein,wir haben doch gesagt, daß wir nach Hause fahren.Darauf wieder ein Mann:Sind wir denn hier auf'ner Kaffefahrt...dann können wir(?) ja gleich das Strickzeug mitnehmen.Die Frauen kontern...und ich halte mich in typischer(linker)Männermanier zu Mackerverhalten raus-Scheiße-
Um 1 Uhr sind wir endlich in Berlin...und ich mach mir so meine Gedanken:jetzt warste 25 Stunden unterwegs für knapp 2 Stunden Demo.Der Aufmarsch der Fachos ist(wieder) nicht verhindert worden!Ist die Verhinderungsstrategie überhaupt richtig?-Und wenn ja,ist da Massenmobilisierung zum Fachotreff mit Konvoi und so das richtige Mittel?-Wenn's aber"nur"um Öffentlichkeitsarbeit geht,sind da nicht dezentrale Kundgebungen in mehreren Städten sinnvoller?-Und dieses Geiern nach Fachos,dieses Nazi schlagen,wo ihr sie trefft...geht's da nicht in erster Linie um das befreiende Gefühl von "hau drauf":endlich mal Wut,Agression,Frust, Haß abzulassen-sich mal wieder richtig wohlfühlen?-Finde ich ja auch in Ordnung so.Wer sich mit Fachos prügeln will, soll sich mit ihnen treffen,einzeln oder in Gruppen.Ist ja wohl kein Problem...gibt ja genug...und die stehen auch auf sowas(außerdem läuft es dann vielleicht ohne Bullen-Knast ab)-Nicht okay finde ich aber,wenn das individuelle Draufschlagen wollen als d i e richtige Strategie von Antifaarbeit verbraten wird,um so eine Rechtsentwicklung zu stoppen oder gar dieses System zu kippen.Und wenn Männer unbedingt den Held spielen müssen(wie ist das eigentlich bei Frauen?),dann sollen sie dafür doch bitte schön keine Demo/Konvoi zur Zuschauer/innenkulisse funktionalisieren.-Komisch irgendwie erinnert mich das Ganze an die Zeiten,wo wir uns beim kreisenden Joint und kollektivem Zucken zum neuesten Rolling-Stones Song im Kampf gegen die Konsum-und Leistungsgesellschaft wähnten...und uns dabei tierisch frei fühlten.
Aber wie gesagt,das sind erste Eindrücke,da kann ich ja noch garnichts groß verallgemeinern.Ich werde deshalb noch weiter zu Antifa-Demos gehen und auch bei einem Wunsiedel-Nachbereitungstreffen(ja?) dabei sein.



BERICHT VON DER "WUNSIEDEL"-DEMO AM 15.8.92

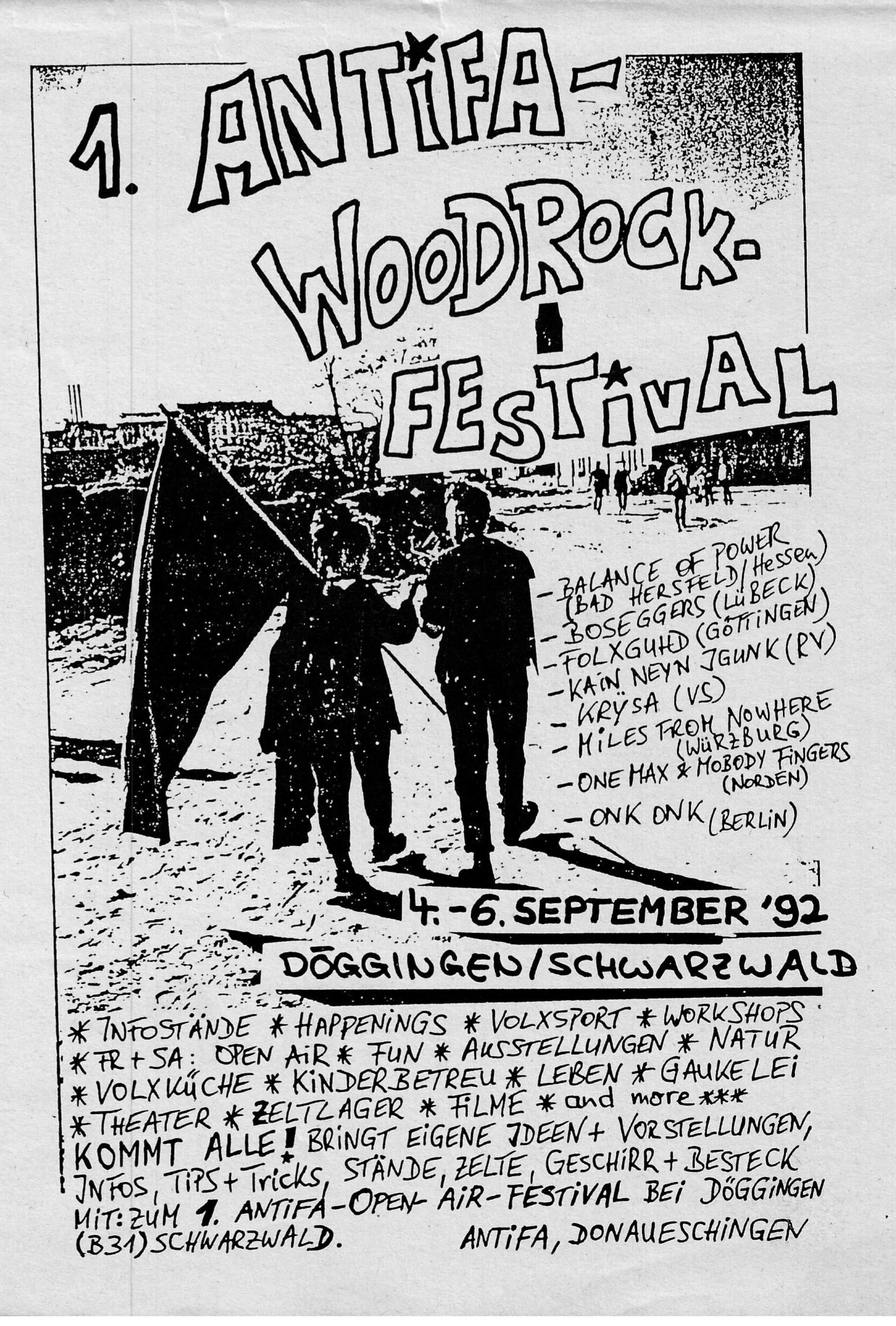
Der berliner Konvoi startete um 1.30 Uhr mit ca. 300 Leuten.
Die Fahrt verlief ohne Zwischenfälle, auch aufgrund der lobenswerten Organisierung (z.B.Funken).
Bei Schleiz war Sammelpunkt für die einzelnen Konvois aus Berlin und der Ex-DDr. Nach 4 Stunden Aufenthalt gings nach DeligiertInnenbeschluß geschlossen und unter Bullenaufsicht nach Hof.
In Hof wiesen uns die Bullen einen "Parkplatz" zu:Eine langgestreckte Straße, unübersichtlich und leicht abzusperren.
Dann wieder einige Stunden Wartezeit, bis die Konvois aus Westdeutschland eingetroffen waren. Auch die Formierung des Demozuges hat ewig gedauert und ist von der Demoleitung/Lautis unnötig verzögert worden.
Im Trippelschritt zogen wir durch ein Wäldchen und erreichten schließlich die Innenstadt. Bis dahin war es schon ziemlich müde, die Parolen relativ kraftlos; es gab drei stops für Redebeiträge, wobei die längsten auf den verlassensten Plätzen gehalten wurden (hervorgestochen ist lediglich der Redebeitrag der Frauen/Lesben).
Höchst peinlich war das kumpelhafte, verständnisvolle Verhalten zumindest einzelner Ordner gegenüber den Bullen und das lächerliche Umgehen mit Seitentranspis (dürfen in Bayern seit dem WWG nicht entrollt getragen werden, wenn die Demo läuft; im Stehen schon).
Irgendwann wars so langweilig, daß das USK sich zurückgezogen hat und nur noch BGS/BePo rumlatschte. Auf dem Rückweg zu den Fahrzeugen gabs Durchhalteparolen aus dem Lauti ("schneller, nicht stehenbleiben") und die höchstpeinliche Feststellung, daß die Demo ein Erfolg sei, weil 150 Faschos auf dem Rasthof Nürnberg-Feucht festgenommen sein sollten. Keine Ahnung, was da für ein Selbstverständnis von antifaschistischem Widerstand vorhanden ist.
Bei den Autos kam dann endlich mal die Info rum, daß die Faschos in Rudolsstadt seien. Eine geordnete Abfahrt im Konvoi kam nicht zustande, weil das USK Leute provozierte und angriff, die sich vor den Faschos und deren Angriff wehren wollten. Gleichzeitig griffen 40 Faschos abfahrende Leute von uns 300 Meter weiter an; ein Bus und vier Autos von uns wurden beschädigt, Leute verletzt, Antifa- Selbsthilfe dann vom USK verhindert.
Einzeln bzw. in kleinen Konvois fuhren dann die meisten von Hof aus zum vereinbarten Treffpunkt in Pössneck (ca. 20km von Rudolsstadt entfernt). Auffällig war, daß in fast allen größeren Dörfern Streifenwagen standen, die unsere Bewegungen beobachteten. Die Bullen hatten praktisch ganz Nordbayer/Südthüringen im Auge, soweit es uns betraf.
In Pössnek trafen nach und nach die Autos ein (ca. 300 Leute), die Busse kamen nicht an. Die Bullen waren mit einigen Streifenwagen und später mit ca. 40 Erfurter SEKlern dabei, die den ganzen Tag schon hilflos den Faschos hinterhergefahren waren und uns in Pössnek in Ruhe ließen. Nachdem über Radio die Meldung kam, daß 2000 Faschos in Rudolstadt maschiert sind und nun auf dem Nachhauseweg seien, und noch ein Faschoauto entglast wurde, gerieten etliche in Panik und mußten mühsam davon überzeugt werden, nicht alleine loszufahren.
Um uns nicht noch weiter zu zersplittern, wurde beschlossen, im Konvoi zum Hermsdorfer Kreuz zu fahren und dort weiterzusehen. Die Erfurter Bullen hintendrein.
Angekommen auf der Raste ist dann nur noch die Hälfte des Konvois, der Rest fuhr nach Hause. Nach ungefähr 20 Minuten Warten auf Faschos griff plötzlich ein Pulk von Leuten unüberlegt und unkoordiniert zwei versteckt parkende PKWs an. Den wenigsten war wohl klar, daß das Zivis waren und keine Faschos. Der Rest war ein schlechter Film: Den hecktischen Aufbruch von der Raste stoppten die 40 EF-SEKler und Streifenwagen, die auf so eine Aktion wohl nur gewartet hatten mit teilweise Schlagstock, Hunden und gezogenen Knarren: 93 Leute wurden brutal festgenommen. Die wenigen, die nicht einfuhren, kümmerten sich um EA usw. Großes Lob den mitfahrenden Rechtsanwälten! In den Wannen und auf der Bullenstation auf dem Hermsdorfer Kreuz dann die üblichene faschistischen, sexistischen Anmachen und Mißhandlungen, gepaart mit den netten Psychobullen.
Es wurden Personalien aufgenommen, Fotos gemacht (keine Fingerabdrücke) und jede/r den Zivis zur Identifizierung vorgeführt (!!).
Interessant ist, daß die Bullen Infrarotfotos bei der Protokollaufnahme auf dem Tisch liegen hatten, die von den Festgenommenen aufgenommen worden waren, wie sie im Hof der Bullenstation standen.
Mindestens einer der Festgenommenen hat bei den Bullen ausgesagt.
Nach ca. 4 Stunden waren alle wieder draußen.

FAZIT:

Wir waren den ganzen Tag über unter lückenloser Bullenüberwachung; die Faschos konnten machen was sie wollten, ihren genehmigten Auf-

marschort (Saalfeld) ignorieren und ins nicht genehmigte Rudolstadt durchfahren. Die frustrierten 40 Bullen konnten sich dann nächtens an uns abreagieren und ihre Statistik aufzubessern.
Wir haben eine langweilige, mühselige Demo gemacht, legal und da wo uns die Bullen haben wollten.
Die Faschos, zumindest ein Teil von ihnen, sind aggressiv auf uns losgegangen, mit Erfolg. Wir sind ihnen nicht einmal aus eigener Kraft begegnet. So ein Ablauf kann die Leute, die da hinfahren, um die Nazischweine anzugreifen, nur frustrieren. So peinliche Panikanfälle wie in Pössneck verunmöglichen jeglichen koordinierten erfolgreichen Angriff.
Warum fahren Leute an einen Ort mit, wenn klar ist, daß es nur noch darum geht die Faschos zu treffen, und knallen dann durch, wenn die Nazis wirklich kommen ?
Spätestens seit Schleiz war klar, daß die Faschos sich am Hermsdorfer Kreuz sammeln und Saalfeld und Arnstadt ihnen genehmigt worden war. Warum ist das nicht schon da bekanntgegeben worden? (Herrschaftswissen jetzt auch bei uns oder nur Panne ?) Freitag abend war klar, daß alles darauf zu lief, daß das Hermsdorfer Kreuz Sammelpunkt der Faschos wird. Warum ist nicht reagiert worden und unser Konvoitreffpunkt dorthin verlegt worden? Wir waren etliche Stunden vorher unterwegs und hätten uns gefahrlos dort sammeln und einrichten können.
Warum hat die Demoleitung/Lauti die Demo in Hof geradezu unverschämt verzögert und in die Länge gezogen? Eine halbe Stunde mit Kurzkundgebung hätte genügt. Das eigentliche Ziel der ganzen Gegenaktion war doch, dem Faschoaufmarsch zu begegnen und anzugreifen, wenn möglich zu verhindern und nicht eine LaberLatschDEmo zu machen.
Für die Leute, die sich einen Tag und zwei Nächte um die Ohren geschlagen haben, um wirklich was zu machen (mal ganz abgesehen von den Vorbereitungen), wars nur frustig. Für uns ist nächstes Jahr die Perspektive wohl, in kleinen Gruppen dezentral unterwegs zu sein, wenn überhaupt noch. Seit 1990 geht es mit den Wunsiedel-Aktionen kontinuierlich bergab und bei den Nazis bergauf. Die fitten Leute bei uns bleiben mittlerweile massenhaft zu hause. Nächstes Jahr wirds noch krasser. Vielleicht sollten wir gar nicht mehr hinfahren und die Faschos und ihre Strukturen in den jeweiligen Stadten angreifen. Das NA-Büro in der Schönhauser Allee ist doch da ein positiver Ansatz...

einige Berliner Antifas



ORGANISIERUNG, PROPAGANDA UND MARKETING - DIE FRAGE NACH DEM SKELETT : INNEN ODER AUßEN? EINE GRUNDSATZKRITIK AN DER POLITIK DER ANTIFA (M)

Mit diesem Papier wollen wir, die wir uns als Teil einer autonomen Szene begreifen, Stellung nehmen zur Politik und Selbstdarstellung der Antifa (M).
Durch die Öffentlichkeitsarbeit und die offensive Poltik, die die Antifa (M) betreibt, ist in den vergangenen Monaten in vielen Städten der Eindruck entstanden, daß es sich bei der Einschätzung und Strategie der Antifa (M) um eine von einem Großteil der radikalen Linken in Göttingen getragene Politik handelt. Dieses ist durch häufige Nachfragen aus anderen Städten nach dem Stand der Dinge in Göttingen deutlich geworden, aus denen hervorgeht, daß der Wissensstand bruchstückhaft und die Informationen einseitig sind. Die Auseinandersetzungen, die hier um inhaltliche Differenzen und unterschiedliche Herangehensweisen geführt werden, erscheinen so oft als Querelen innerhalb der hiesigen Strukturen.
DIESER EINDRUCK IST FALSCH!!!
Vielmehr existieren grundsätzlich unterschiedliche Einschätzungen sowohl der politischen Situation als auch der adäquaten Umgangsweise damit. Die inhaltliche Diskussion und der Umgang innerhalb der Szene ist ebenso kontrovers wie die Darstellung der politischen Ziele nach außen und deren Umsetzung.
Diese Differenzen wollen wir an dieser Stelle anhand der wichtigsten Punkte aufzeigen:

- die Antifa (M) negiert die Existenz einer autonomen Szene als einen politischen Faktor und kann so ihre im Aufbau befindliche Organisation, die "Antifaschistische Aktion" (dazu später mehr) in ein scheinbares Vakuum hineinbauen.
  Dem halten wir entgegen, daß es sehr wohl so eine Szene gibt, auch wenn diese sich in einer grundlegenden Krise befindet. Viele Menschen verstehen sich nach wie vor als Teil dieser Bewegung und versuchen, neue Orientierungspunkte für eine weitere politische Handlungsfähigkeit zu finden. Gerade hier in Göttingen gibt es eine relativ aktive autonome Szene, die durchaus als politischer Faktor ernstzunehmen ist. Diese Grundlagen aber werden von der Antifa (M) ausdrücklich übergangen, gleichzeitig aber immer wieder genutzt!
  Es ist ganz einfach falsch und politisch fatal, die autonome Szene für überflüssig zu erklären und nicht an die Diskussionen und Erfahrungen, die es gegeben hat anzuknüpfen und auf den Strukturen, die so entstanden sind, aufzubauen. Es ist notwendig, nach den Ursachen der Krise und des paralysierten Zustandes der Szene zu gukken.

Ohne eine Analyse unserer autonomen Geschichte und ohne eine Benennung der Umstände und Fehler, die zum Status Quo geführt haben, wird es uns nicht gelingen, die Strukturen wirklich zu verbessern und neue Ideen und Impulse zu entwickeln. Dies ist aber ein Prozeß, in den möglichst viele Gruppen und Einzelpersonen eingebunden sein müssen. Dieser Prozeß kann so nicht stattfinden, wenn eine Gruppe quasi im Alleingang versucht, ihre politischen Vorstellungen zum Maß aller Dinge zu machen.

- desweiteren wird die Geschichte der autonomen Bewegung weitgehend übergangen.
  Die Antifa (M) bezieht sich im Hinblick auf die von ihr initiierte Organisation der "Antifaschistischen Aktion" nicht auf die Erfahrungen der autonomen Bewegung aus den letzten zwanzig Jahren, sondern vielmehr auf die Tradition des antifaschistischen Widerstandes vor allem in der Weimarer Republik. Bei ihrer Form von Umgang mit Geschichte stellt sich für uns des öfteren die Frage, wo kritischer Umgang mit Geschichte, aus dem wir lernen können, aufhört, und wo Verherrlichung anfängt?
  Warum ein so starker Bezug der in Gründung befindlichen Organisation auf die historische "Antifaschistische Aktion" ohne deren hierarchische und patriarchale Strukturen zu problematisieren, anstatt sich auf autonome Organisierungsversuche und Ergebnisse unserer diesbezüglichen Diskussionen zu beziehen?
  Überhaupt: die "Antifaschistische Aktion"! Warum wählt die Antifa (M) für ihre Organisation einen Namen und ein SYmbol, deren Charakter und Bedeutung sich längst vom Organisationsabzeichen zu einem Symbol für autonomen antifaschistischen Widerstand im Allgemeinen gewandelt hat? Es wird so getan, als sei es fünf nach Weimar, und der Rahmen und Name der alten Organisation müsse nur wieder mit neuen Menschen gefüllt werden. Was bezweckt die Antifa (M) mit der Einverleibung dieses Symbols? Hat sie konkrete Vorstellungen, wie das in Zukunft laufen soll? Hofft sie, daß, wenn nicht in der Organisation eingebunden Gruppen diesen Namen öffentlich für Aktionen benutzen, so ihr Bekanntheitsgrad erhöht wird? Soll der Staatsschutz verwirrt werden? Oder wird der Name rechtlich geschützt werden, so daß sich "arme, kleine Punx", ihr Fähnchen- Symbol auf dem Oberarm übertätowieren lassen müssen? Wir können eigentlich nur hoffen, daß die Antifa (M) sich darüber bisher keine Gedanken gemacht hat...

- Wer oder was soll organisiert werden?
  Der antifaschistische Widerstand? Das ist absolut richtig und notwendig!
  Die Szene also? Wohl kaum, denn nach Auffassung der Antifa (M) sollte sie gar nicht mehr existieren!
  Möglichst viele politisch interessierte Menschen also? Das ist sicherlich ein richtiges Ziel!
  Ob es diesem Ansinnen zuträglich ist, die Diskussion nur mit Gruppen und Einzelpersonen zu führen, die mit dem Organisierungskonzept der Antifa (M) konform gehen, ist jedoch fraglich.
  Fürderhin muß sich die Antifa (M) die Frage gefallen lassen, ob es nicht einer Funktionalisierung der Menschen gleichkommt, die sich der Szene zugehörig fühlen, wenn diese einerseits als Masse für von der Antifa (M) (mit-) initiierte Aktionen mobilisiert werden, andererseits aber an den Diskussions- und Vorbereitungsprozessen im Vorfeld nicht beteiligt werden.
  Bleibt die Antifa (M) bei ihrem bisherigen Kurs, wird eine antifaschistische "Gegenstruktur" entstehen: Was aber wird mit den dann quasi konkurrierenden Strukturen passieren? Wo sind dann Schnittpunkte? Wie z.B. soll noch eine gemeinsame Vorbereitung für bundesweite Aktionen (etwa Wunsiedel) stattfinden? Miteinander? Gegeneinander? Parallel? Tangential? Horizontal? Kryptokongruent? Oder einfach gar nicht...?

XXXXX

Um die wichtigsten Kritikpunkte an der Politik der Antifa (M) noch zu konkretisieren beziehen wir uns im Folgenden auf das schon oben zitierte interne Papier der "Antifaschistischen Aktion", in dem es um die von ihnen geplante "antinationale Demo" am 2.10. in Göttingen geht, und indem sich die Antifa (M) zum wiederholten Mal unkorrekt über die in Göttingen anhängigen Ermittlungsverfahren nach §129a äußert. Dazu einige Zitate :
"Es ist immer klarer geworden, und nunmehr durch Presseartikel und Radiosendungen belegt, daß sich das Verfahren auf Personen oder sogar die gesamte Gruppe Autonome Antifa (M) bezieht (...) Hinter diesen Verfahren steckt, daß sie den Organisierungsprozeß treffen wollen..."
Zwar wird am Anfang des Schreibens ganz allgemein vom antifaschistischen Widerstand geredet, doch ist hier ausschließlich von der bundesweiten Organisierung in der "Antifaschistischen Aktion" die Rede. Im weiteren Verlauf des Textes wird immer wieder der Eindruck erweckt, als seien alle 129a-Verfahren gegen die Antifa (M) gerichtet. In unserer Kritik beziehen wir uns vor allem auf diese Informationspolitik und allgemein auf den Umgang der Antifa (M) mit den 129a-Verfahren.
Unser Informationsstand im Moment ist, daß laut Celler Akte gegen fünfzehn Personen nach §129a ermittelt wird. Diese Personen stammen aus den unterschiedlichsten autonomen antifaschistischen Zusammenhängen. So wurde gegen fünf 13-17jährige ermittelt, bzw. waren diese die ersten, die auch Vorladungen vom LKA Niedersachsen erhielten. Diese fünf fallen in den Publikationen der Antifa(M) einfach unter den Tisch, was für uns schlicht und ergreifend ein Ausdruck unsolidarischen Verhaltens ist. Die Absicht von Staatsanwaltschaft und LKA war klar: es ging um Einschüchterung und die Hoffnung der "Staatsschützer", bei den Vorladungen Aussagen über Personen und Strukturen im Zusammenhang mit dem antifaschistischen Widerstand zu bekommen. Das hat jedoch nicht geklappt, glücklicherweise.
Die Antifa (M) beruft sich bei ihrer Behauptung, daß die 129a-Verfahen gegen sie gerichtet seien, auf Presse und Radio.
Ehrlicherweise sollte dazugesagt werden, daß diese Artikel und Radiosendungen in jüngerer Zeit in enger ZUsammenarbeit der Medienvertreter mit der Antifa (M) entstanden sind. Es gibt lediglich einen Artikel , der zu Beginn des Jahres erschienen ist, in dem sich die Presse, gestützt auch auf andere Quellen als die Antifa (M), über Ermittlungsverfahren gegen die Antifa (M) äußert. Warum aine so bizarre Beweisführung? Sowohl die Observierungen als auch die Ermittlungen nach §129a haben sich von Anfang an nicht nur gegen die Antifa (M) gerichtet. Warum wird das verschwiegen?
Angesichts dieser Politik stellt sich die FRage nach dem Solidaritätsverständnis der Antifa (M): "Kommt alle zur Demo. Solidarität ist unsere stärkste Waffe.", Zitat aus internem Vorbereitungspapier zur Demo am 2.10.92. Für uns bedeutet solidarisches Handeln immer noch eine kritische Teilnahme möglichst aller Beteiligten an Planung, Organisierung und Durchführung von Aktionen. Und nicht, Menschen vor die Wahl zu stellen, sich vorgedachten und abgeschlossenen Konzepten entweder bedingungslos anzuschließen oder von der Mitgestaltung der Aktionen Abstand zu nehmen.
Das alles stinkt nach gezielter Machtpolitik innerhalb der Szene!
Um nicht falsch verstanden zu werden: Wir finden es produktiv, ein Konzept für eine bevorstehende Aktion vorzulegen, um eine Basis für die gemeinsame Diskussion zu haben. Dabei verstehen wir unsere Gruppenmeinung als Beitrag zu dieser Diskussion, wollen sie aber nicht zum allgemeingültigen Maßstab machen. Ein Konzept vorzustellen bedeutet für uns nicht, während der ganzen Diskussion starr daran festzuhalten. Die neuen Aspekte, die im Laufe einer Diskussion von anderen Menschen und Gruppen hinzukommen, führen notwendig dazu, daß das Konzept verändert werden kann, und

daß unterschiedliche Meinungen innerhalb der eigenen Gruppe zum Ausdruck kommen. Die von der Antifa (M) immmer wieder demonstrativ an den Tag gelegte Einheitsmeinung läßt vermuten, daß unterschiedliche Vorstellungen innerhalb der Gruppe derDurchsetzung der jeweiligen Ziele untergeordnet werden. Das ist unehrlich und taktierend!
Diese Form der Auseinandersetzung prägt auch die Organisation der "Antifaschistischen Aktion". Sie bedingt die Strukturen der Organisation, soweit diese bisher nachvollziehbar sind:

- Delegiertenprinzip mit quasi imperativem Mandat
- Ausgrenzung von "nichtorganisierten" Einzelpersonen
- selektiver Informationsfluß
- Etablierung einer offiziellen Organisation

Auch die Herangehensweise an die Organisierung erscheint uns technokratisch. Erst einen Rahmen in Form eines Organisierungskonzeptes vorzugeben, und danach Menschen zu suchen, die bereit sind, sich einzugliedern, scheint uns die falsche Herangehensweise. Ratsamer wäre es doch zu gucken, welche Strukturen und Formen von Organisierung schon da sind, welche Probleme es gab und gibt, und darauf aufbauend dementsprechente, darüberhinausgehende Formen zu entwickeln.
Unser Verständnis ist es immer noch, Strukturen zu schaffen, die den Menschen entsprechen, und nicht, Menschen zu suchen oder gar zu formen, die in vorgedachte Formen passen!
Wir legen der Antifa (M) wärmstens ans Herz wahrzunehmen, daß es tatsächlich eine wie immer zu bewertende Szene gibt, in der anders geartete Vorstellungen zur Organisierung existieren (und das nicht nur in Göttingen!), und der ein Organisationsmodell wie das der "Antifaschistischen Aktion" nicht einfach übergestülpt werden kann. Der Versuch, das zu tun, führt zu einer Ausgrenzung weiter Teile der radikalen Linken und schließlich zu einer Spaltung!
Wie verträgt sich das aber mit dem Anspruch, möglichst viele politisch interessierte Menschen im antifaschistische Widerstand zu organisieren? Und gerade diese Menschen mit ihren Erfahrungen sind doch für eine weiterführende Organisierung unverzichtbar und könnten deren Basis bilden.
Es ist sicherlich richtig, daß die Antifa (M) für den Staatsschutz u.a. wegen der Organisierung von gesteigertem Interesse ist, und es ist für sie wichtig, darauf zu reagieren. Unsere Kritik setzt jedoch an dem Punkt ein, wo falsche Informationen verbreitet wer den (siehe auch Rede-/Radiobeiträge in Bonn und Northeim sowie diverse Zeitungdartikel). Desinformation und Machtpolitik liegen nahe beieinander! Laut Strategiepapier ist die Logik klar:
Die Verfahren gegen die Antifa (M), d.h. gegen die bundesweite Organisierung, d.h. gegen die im Aufbau befindliche "Antifaschistische Aktion", d.h. gegen den antifaschistischen Widerstand erfordern die solidarische Unterstützung einer Demo am 2.10. in Göttingen, die als Höhepunkt einer Kampagne gegen die 129a-Verfahren geplant ist. Das Konzept für die Demo wird dann im weiteren Verlauf des Papieres bis ins Detail ausgeführt. Die Göttinger Szene hat von dieser Demo, ihrem politischen und praktischen Konzept erst durch dieses, nicht einmal für sie bestimmte Papier erfahren: das Papier wurde bundesweit, aber eben nur organisationsintern verteilt. Einige Wochen später wird dann zu einem Vorbereitungstreffen für Göttingen eingeladen, nachdem auf einem Regionaltreffen erste Kritik daran kam, keinen Einfluß auf Inhalte und Konzept nehmen zu können.
Für uns stellt sich die Situation folgendermaßen dar:
Um eine Demo in den geplanten Dimensionen realisieren zu können, werden einige hundert Leute gebraucht, und die Aufgaben müssen auf mehr Leute verteilt werden. Eine inhaltliche oderkonzeptionelle Mitgestaltungsmöglichkeit soll es hier wieder mal nicht geben. Also offensichtlich: Erst werden die Einzelpersonen und

Gruppen, die ebenfalls von den 129a-Ermittlungen und der Repression betroffen sind, verschwiegen und nicht in die Forderungen miteinbezogen und anschließend für die spezifischen politischen Ziele der Gruppe funktionalisiert, frei nach dem Motto: "Wir reden nicht über und von Euch, auch nicht mit Euch, aber wir brauchen Eure UNterstützung und vor allem Eure Masse."
Nochmal zu 129a : Der einzige richtige Umgang mit Ermittlungen und Verfahren ist eine solidarische Zusammenarbeit und eine gleichberechtigte Diskussion unter den Betroffenen. Und damit meinen wir nicht nur die direkt Betroffenen, denn gemeint sind wir Alle - schon vergessen? Die Spaltung ist ein Interesse des STaatsschutzes, in jedem Falle nicht unseres. Im übrigen sind gerade 129a-Verfahren eine zu gefährliche Angelegenheit, um damit Medien- und Propagandapolitik zu machen.

Mittlerweile sind durch die "Auseinandersetzungen" um die Politik der Antifa (M) rieseige Gräben (fast hätte ich Gräber geschrieben) aufgeworfen. Wie wollen wir die wieder zuschütten? Diskussionen waren bisher fruchtlos, Zusammenarbeit läuft nur noch mit allergrößter Skepsis.
Auf lokaler Ebene funktioniert es also nicht, da wird dann eben gleich die bundesweite Organisierung in Angriff genommen. Was bleibt, ist ein großes FRagezeichen (warum/warum so?), aber auch jede Menge Wut, angestaut über einige Jahre von Erfahrungen und das dumpfe Gefühl, daß sich die Spaltung auch auf Bundesebene anbahnt!!!
Für eine zukünftige Zusammenarbeit müßte sich folgendes ändern:

- keine Taktiererei innerhalb der Szene; Offenheit innerhalb der eigenen Strukturen
- keine Desinformation von Öffentlichkeit und der eigenen Zusammenhänge (lokal wie bundesweit)
- keine Aus- und Abgrenzung von Personen oder Gruppen, die sich nicht in der von der Antifa (M) beabsichtigten Form organisieren wollen; d.h. keine Spaltung der bundesweiten antifaschistischen Zusammenhänge
- gemeinsames, solidarisches Vorgehen gegen Angriffe des Staatsschutzes wie z.B. 129a!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

ANMERKUNG (mal sehen wo, wie und ob wir die am besten unterkriegen...):
Mit dem dubiosen Begriff "Szene" meinen wir die Gesamtheit politisch arbeitender Gruppen, Einzelpersonen und Zusammenhänge (was z.B. auch WGs und Arbeitszusammenhänge sein können), die sich in ihren Diskussionen und Aktionen wo möglich aufeinander beziehen und sich dabei gegenseitig ernstnehmen. Das gibt es natürlich noch, auch wenn die Zustände derzeit desolat sind!

Verantwortlich im Sinne wütender und mittlerweile desillusionierter Kritik:

"IRGENDWELCHE DEPPEN VON IRGENDWOHER"

Post bitte im Doppelumschlag via ROTER BUCHLADEN an EINE AUTONOME ANTIFA IM JUZI - verbindlichsten Dank im Voraus für eine hoffentlich lebendige und fruchtbare Diskussion!

Neueste Erkenntnisse über die §129a-Ermittlungen gegen den autonomen Antifa-Widerstand in Göttingen/Südniedersachsen

Bisher war bekannt, daß das BKA die Generalstaatsanwaltschaft Celle mit Ermittlungen nach § 129a gegen den Antifa-Widerstand beauftragt hat.

Seit Ende 1991 ermittelt in diesem Zusammenhang eine Sonderkommision des LKA Niedersachsen. Bisher wurden Observationen bekannt, und daß konkret gegen 15 Leute ermittelt wird, die am 26. Oktober 1991 nach dem Angriff auf das FAP-Schulungstreffen, im weiten Umland von Mackenrode in eine Polizeikontrolle geriten. Von diesen 15 Personen haben wieder 4 eine Vorladung erhalten.

Desweiteren ist bekannt, daß in diesem Zusammenhang auch gegen die Autonome Antifa (M) ermittelt wird. Vor wenigen Wochen tauchten LKA-Ermittler in verschiedenen Redaktionen auf, um Flugblätter und Presseerklärungen der Gruppe einzusammeln. Die Papiere wurden nach Fingerabdrücken untersucht. Mindestens in einem Fall wurden von der gesamten Redaktion die Fingerabdrücke genommen, um bei der Untersuchung der Papiere sicher zu gehen.

Am 18. August 1992 kam es zu fünf Hausdurchsuchungen. Zwei in Göttingen, zwei im Südharz, in Osterode und in Bad Lauterberg und eine in Berlin. Die Durchsuchungen richteten sich gegen vier Personen, die aus dem Südharz stammen und dort in Antifa-Zusammenhängen aktiv waren.

Um 8.30 Uhr wurden die Wohnungen zeitgleich durchsucht. Die Durchsuchungsbeschlüsse waren auf den 30. Juni 1992 datiert.
Konkret ging es um drei Anschläge im Südharz:
1. Ein Anschlag am 19. November 1989, damals war die Polizeiwache in Osterode mit Mollies angegriffen worden. Der Angriff stand im Zusammenhang mit dem Tod von Conny Wessmann.

2. Brandanschlag am 11. Dezember 1990 auf die im Bau befindliche neue Polizeiwache in Bad Lauterberg.

3. Anschlag mit Mollies auf eine ARAL-Tankstelle in Herzberg am 22. Januar 1991, im Zusammenhang mit dem Golfkrieg.

Gesucht werden sollte nach Taterklärungen und Baumaterialien für Brandsätze.

Zumindest drei Personen waren während der Durchsuchungen nicht anwesend - die Wohnungstüren wurden aufgebrochen.
Eine betroffene Person aus Göttingen befindet sich zur Zeit im Urlaub.
Die zweite betroffene Person aus Göttingen kam erst in die Wohnung als das LKA die Aktion gerade beendete. Diese Person kann nachweisen, daß sie zur fraglichen Zeit auf einer längeren Reise in Indien war und für die Anschläge schon allein deshalb nicht in Frage kommt.

Die Durchsuchung in Bad La uterberg traf jemanden der mit der politischen Szene inzwischen nicht mehr viel am Hut hat.
Die Durchsuchung in Osterode bezieht sich auf eine Person, die mittlerweile nach Berlin umgezogen ist - deshalb die Durchsuchung in Berlin. Diese Person befindet sich auf einer längeren Reise.

Vor einigen Jahren gab es schon einmal § 129a-Ermittlungen gegen Leute aus dem Südharz. Damals wurden sie bezichtigt, einen Anschlag geplant zu haben. Einige der Personen von damals sind jetzt wieder betroffen. Scheinbar will das LKA an seine Mißerfolge aus der Vergangenheit anknüpfen.

Eine Logik ist in den Durchsuchungen nicht zu erkennen. Offenkundig wird versucht irgendwie an Belastungsmaterial zu kommen, um LKA-Konstruktionen zu stützen.

Beschlagnahmt wurde aller möglicher Hausrat, ein PC, Disketten und Schriftstücke, u. a. Adressbücher. Aus diesem Material läßt sich alles und nichts konstruieren.

Insgesamt waren die Durchsuchungen aber wohl ein Schlag ins Wasser. Zwei Leute scheiden für die Anschläge von vornherein aus, einer hat sogar sofort ein Alibi. Zwei andere sind im Urlaub. Auch die juristische Ausbeute der beschlagnahmten Gegenstände dürfte eher mager ausfallen. Zu Haftbefehlen reicht es wohl nicht.

Wir vermuten, daß es noch zu mehr Durchsuchungen kommen kann. So stand in der Hessisch - Niedersächsischen Allgemeinen am 20.8.: „Aus Ermittlerkreisen hieß es am Mittwoch, in Südniedersachsen liefen derzeit parallel eine ganze Reihe von Ermittlungen gegen diverse autonome Gruppen.“

Weg mit den § 129 a Ermittlungen gegen den Antifa-Widerstand!

Genossinnen und Genossen, wir rufen euch - Kommt zur Demo am 2. Oktober 1992 in Göttingen, 17.30 Uhr Markt/Gänseliesel - ab 13.00 Uhr AgitProp-Aktionen auf dem Marktplatz.

Autonome Antifa (M), 24. August 1992

Kontakt: 1. Äußerer Umschlag: Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 3400 Göttingen.
2. Innerer Umschlag: Autonome Antifa (M)

NAZIS IN DEN KNAST ?

zum: demo-aufruf "rassismus tötet" und anschließendem text "der mord an amadeu antonio vor gericht" (interim , 204 s. 4-6)

es geht hier um eine kritik an bestimmten zielen, die mit der demo in eberswalde am 19.8. erreicht werden sollten.
dort heißt es u.a.:
"wir wollen (mit der demo)
- unserer forderung nachdruck verleihen, daß alle am überfall beteiligten strafrechtlich zur verantwortung gezogen werden,
- unsere forderung betonen, daß das verhalten der polizei in der mordnacht rückhaltlos aufgeklärt wird und die beteiligten gegebenenfalls zur verantwortung gezogen werden."

was mich stört sind zwei sachen. einmal die rolle, die die deutsche justiz offenbar für euch spielen soll; zum anderen eure vorstellung zu strafe und knast. ausdrücklich schreibt ihr zu all dem zwar nichts; aber ich glaube, ihr schreibt deshalb nichts dazu, weil ihr es wohl für selbstverständlich haltet, daß es justiz, strafe und knast geben muß.

ihr schreibt:
"unserer forderung nachdruck verleihen, daß alle (...) strafrechtlich zur verantwortung gezogen werden."

1. "unsere forderung" ???
an WEN richtet ihr denn eure forderung ? an staatsanwaltschaft und gericht !
wenn ihr aber irgendetwas von der deutschen justiz erwarten könnt, dann, daß sie heute genau so prächtig funktioniert, wie zu kaisers zeiten:
linke, kommunistInnen und andere 'andersdenkende' werden mit zig-jahrhunderten knast bestraft;
freikorps-soldaten, ss- und sa-schergen, nazi-kriegsverberecher, kz-aufseherInnen, nazi-richter usw. usw. wurden (fast) NIE verurteilt und noch seltener in die knäste gesteckt.

und von DIESER justiz FORDERT ihr tatsächlich irgendwas ??

(IST es denn nicht die aufgabe der bullen, NICHTS zutun, wenn amadeu antonio ermordet wird - wenn der rassismus also von den nazis ausgeführt wird und sie damit nur die aufgaben der bullen übernehmen ?
ist es nicht klar, daß WIR heute mit der justiz dieselben erfahrungen machen (müssen) wie alle genossInnen vor uns auch ? DASS der richter nix wissen will von rechstradikalen organisationsversuchen wundert euch ? wo er doch selbst seinen eigenen rassis_mus nicht mal wahrnimmt - der herr richter exekutiert ihn nur nicht mit baseball-schlägern, sondern mit der ablehnung von beweisanträgen der nebenklägerin. der schlipsträger hat schließlich studiert und machts lieber auf die 'feine art'.)

2. und ihr fordert, "daß alle (...) strafrechtlich zur verantwortung gezogen werden". eine tiefere verbeugung vor deutschen strafgesetzen habe ich schon lange nicht mehr in einer autonomen zeitung lesen müssen.

ich habe den widerlichen eindruck, daß es für die schreiberInnen völlig in ordnung ist, daß es strafgesetze gibt, daß es eine strafjustiz gibt und daß es knäste gibt. und ich frage mich, was eine SOLCHE haltung zu den bestrafungsapparaten dieser gesellschaft in der INTERIM zu suchen hat.

überlegt euch doch mal, wie es nach den urteilen weitergeht. nehmen wir an, einer diese widerlinge (zb sven böcker) wird zu ner knast-strafe verurteilt.
und so wie ich eure haltung zu strafe + knast einschätze, denke ich mir, daß es einige von euch geben wird, die son urteil mit genugtuung oder erleichterung aufnehmen würden. und da könnte ich nur sagen: scheiße !!

denn sven böcker wird freunde finden im knast, die nicht nur älter sind als er, sondern schon lange über ein rechtsextrem gefestigtes weltbild verfügen. ich meine damit nicht irgendwelche faschos, die zZ. sitzen (die organisieren sich drinnen übrigens mehr und mehr), ich meine das anstaltspersonal: anstaltsleiter, schließer, bullen , die dort 'ihre arbeit' machen und genau wie die bullen draußen fast durch die bank rechtsextrem bis offen faschistisch sind.
denkt ihr euch etwa, daß nach den urteilen 'alles vorbei', der 'fall gegessen'ist ? nein, es geht weiter - auch IN den knästen: denn dadrin sitzen auch viele ausländische menschen (die ganz besonders gerne von den gerichten darein gesteckt werden) und an denen können sven böcker, seine 'kamaraden' und das fascho-personal ihren rassismus weiter austoben!!

knast-strafe für rassisten und rassistinnen bedeutet also nur eine ÖRTLICHE verlagerung des problems von draußen nach drinnen.

(im übrigen: mit knast läßt sich eh kein problem lösen)

---

und zum schluß noch was zu euren aufruf: "gewaltlos und geschlossen zu demonstrieren, um in (eberswalde) ein zeichen zu setzen gegen die rassistische gewalt."

einerseits wollt ihr eine "gewaltlose" demo machen - selber also keine gewalt gegen faschos ausüben: andererseits fordert ihr den staat auf, gegen faschos vorzugehen (= strafrechtlich zur verantwortung ziehen). mit dieser forderung eignet ihr euch aber gewalt an: nämlich die staatsgewalt. euer gewalt-interesse (gewalt-bedürfnis ?) führt ihr nur nicht selber aus, sondern überweist es an den staat.
aber wenn ihr euch der staatsgewalt bedient, dann seid ihr NICHT mehr gewaltlos !!
merkt euch das mal.

SCHLAGT DIE FASCHISTEN WO IHR SIE TREFFT !!

WEG MIT DEN KNÄSTEN , KLAPSEN , HEIMEN !!

WEG MIT ALLEN ZWANGSANSTALTEN !!

KINZIGSTR. 9

ZU DEN EREIGNISSEN IN DEN LETZTEN TAGEN:

Seit August 1990 ist die Kinzigstr. 9 in Friedrichshain besetzt.
Die Zweijahresparty ist jedoch ausgefallen. WARUM ??

Der Grund dafür ist, daß es in der K9 zwei Gruppen von Besetzerinnen gibt, die inzwischen, gelinde ausgedrückt, "Konflikte" miteinander haben. Damit ihr dies verstehen könnt hier nochmal in kurzer Abriß über die Geschichte der K9 :

1990 ist das Haus im Rahmen einer Demo besetzt worden. Fast von Anfang an gab es verschiedene BesetzerInnengruppen. Im Sommer '91 gab es die Entwicklung, daß Junks ins Haus zogen bzw. HausbewohnerInnen anfingen zu drücken und in der K9 auch gedealt wurde. In diesem Zusammenhang kam es auch zu zwei Toten.
Zwar gab es schon in diesem Jahr Überlegungen aus den anderen besetzten Häusern heraus, wie ein Umgehen mit der Situation in der K9 gefunden werden könnte. Zu gemeinsamen praktischen Initiativen kam es jedoch nicht.
Ende '91 wohnten fast nur noch Punks im Haus. Alle anderen BewohnerInnen waren auf Grund der Situation im Haus ausgezogen.Diese verwohnten und zerstörten z.T. das Haus. Dielen wurden verheizt, der Müll stapelte sich auf dem Hof und die Scheiße quoll aus den Badewannen.
Inzwischen ohne sanitäre Anlagen, Strom, Heizung zogen über den Winter immer mehr Leute aus, so daß nur wenige übrigblieben.
Anfang März zogen wir in den nun leeren Seitenflügel ein, was von den sieben verbliebenen Punks auch akzeptiert wurde. Zu diesem Zeitpunkt war das Haus stark räumungsbedroht, faktisch schon für Mai beschlossen.
Unsere Zielsetzung war und ist zum einen das Haus auf Dauer zu sichern und dmx es bewohnbar zu machen. Zum anderen das Hinterhaus mit den Fabriketagen für Treffen und

Initiativen aus dem Kiez heraus nutzbar zu machen. Dazu entstand in einer Etage eine Werkstatt, zunächst auch eine Notwendigkeit für die Bauarbeiten im Haus, welche jedoch zum Teil schon jetzt von anderen Menschen im Kiez genutzt wird, da Maschinen für eine Komplette Schreinerwerkstatt vorhanden sind. Natürlich ist das ganze noch recht provisorisch. Weiter soll es Möglichkeiten für größere und kleinere Treffen, Veranstaltungen, Ausstellungen, etc.. geben.
Dabei war uns klar, daß sich die Situation im Haus selbst auch verändern muß. Dazu gründeten wir, mit Billigung der Punks, einen Hausverein, welcher Verhandlungspartei für das Bezirksamt ist.
Im Laufe des Sommers veränderte sich allmählich die Situation im Vorderhaus und hiermit auch das Verhältnis dmx der beiden BesetzerInnengruppen zueinander.

Es zogen im Laufe der Sommermonate weitere und andere Leute ins Vorderhaus ein und der Hartalk Konsum und Tabletten stieg an. Gemeinsame Beschlüsse wurden von Seiten des Vorderhauses immer öfter übergangen. Die Gesprächsbereitschaft des VH nahm ab, bzw. Beschlüsse wurden von heut auf morgen gekippt.
Außerdem nahm die Verständigung des VH untereinander die Form des Schläge androhens und austeilens an. Einzelne Bewohner des VH wurden Prügelnd rausgeschmissen. Hierbei tat sich vor allem eine Gruppe von einigen Personen hervor, die langsam die Führung des VH übernahm, während der Rest sich passiv ferhielt. Überdies kam es zu Räumungsandrohungen an uns, und zu einer angedrohten Vergewaltigung. Sexistische Äußerungeen und androhen von Prügeln sind an der Tagesordnung. Einmal standen mehrere Punks abends mit Eisenstangen in unserer Küche und drohten an uns zu räumen.
Wir versuchten zwar immer noch weiter zu d deeskalieren, was aber nur Kurzfristige Erfolge brachte.
In Folge der Eskalation im VH zog eine Gruppe von sechs Leuten des VH notdürftig bei uns ein. Sie waren ständigen Drohungen ausgesetzt, da sie guten Kontakt zu uns hatten.
Wir sahen uns nun gezwungen endgültig getrennte Häuser zu bilden, indem wir eine bauliche Trennung des SF zum VH versuchten. Hierzu haben wir ihnen das Kneipenklo, was bis dahin provisorisch in unserem Treppenhaus war, in einen der Kneipenräume verlegt. Dies erfolgte nach vorheriger Absprache mit den meißten Leuten des VH. Die damit zusammenhängende Mauer, die wir im ehemaligen Durchgang hochzogen , wurde jedoch von ihnen trotzdem wieder eingerissen.
Zu diesem Zeitpunkt wurdem von uns zum erstenmal eine größere Anzahl Menschen zum Schutz mobilisiert..Nach einem gerade noch möglichen "Waffenstillstand" einigten wir uns darauf statt der Mauer eine Stahltür einzuziehen. Im Laufe des übernächsten Tages wurde jedoch von den Punks die Stahltüre im 2. Stock entfernt und zwei Räume dmx von uns beschlagnahmt, was wir durch zufall mitbekamen. Ihre Reaktion darauf war uns mit Eisenstangen und Messern zu bedrohen und uns rauszuschmeissen. Hierdurch sahen wir uns endgültig gezwungen Menschen zum Schutz des Hauses und für weitere Maßnahmen zu mobilisieren.

Dies hier kann nur eine vorläufige Beschreibung des Zustands in der Kinzigstr. 9 sein, um Gruppen und Zusammenhänge, zu denen wir keinen direkten Kontakt haben , zu informieren. Dabei denken wir, daß dieser Konflikt mehr ist als ein Kleinkrieg zwischen uns und den Punks. Es geht auchm neben der direkten Androhung der wir ausgesetzt sind darum, sich mit Geschehnissen und Verhaltensweisen auseinanderzusetzten, die in linken Strukturen untragbar sind und die nicht einfach ignoriert werden können, wenn wir den Kampf um eine befreite Gesellschaft und gegen Herrschaft noch nicht aufgegeben haben.

Eine genauere Einschätzung, auch zu den Widersprüchlichkeiten, welche auch wir mit diesem Konflikt haben versuchen wir noch nachzuliefern. Dennoch wäre es toll , wenn viele Leute vorbeischauen, um uns praktisch zu unterstützen oder um sich genauere Infos geben zu lassen.

Zur Kienzigstr.9 denken wir, daß die von massiver Gewalt bedrohten BewohnerInnen des Hinterhofs und Seitenflügels, und nicht zuletzt auch dort lebende AnwohnerInnen mit gutem Recht die Unterstützung der Szene insgesamt einfordern. Wir finden nur wichtig zu berücksichtigen, daß es natürlich nicht um einen Konflikt zwischen Autonomen und Punks im allgemeinen geht. Wahrscheinlich meint ihr das auch gar nicht so, wenn ihr in eurem Flugi von "den Punks" schreibt; aber es klingt anders durch. In diesem Konflikt, der von seinen Folgen sehr weitreichend sein kann, müssen wir aufpassen, daß wir nicht zur Bildung von falschen Fronten und Allianzen beitragen. Auch deshalb fordern wir noch einmal alle auf sich zu dem Konflikt zu verhalten und die BewohnerInnen nicht allein zu lassen.



ELFE

informiert

An Alle:

Da das besetzte Haus in aller Munde ist , kommen wir gleich zum wesentlichen:
Seit dem Einfall der Treuhand in die ehemalige DDR sind massenhaft Häuser verhökert worden. Bei den meisten Menschen führt(e) das eher zu Frustation als zu Widerstand. Die Freude über die besiegten Herren von SED&Stasi währte bei vielen nur kurz. Jetzt wo die neuen Herrscher aufmachen, selbst die elementarsten Menschenrechte wie z.B. das Recht auf bezahlbaren Wohnraum in Frage zu stellen, wird Wohnungsnot zu Spekulstionszwecken gemacht. Ca. 100 000 Wohnungssuchenden in Berlin und Umland stehen ca. 25 000 leerstehende Häuser gegenüber.
Also sind wir da schon mal eingezogen.
Und was sagt unser "leichtgläubiger" Bürgermeister dazu:
Auf dem Gelände der "Elfe" soll keine Spekulation möglich sein, nachdem so viele andere Grundstücke an Private und Spekulanten gegangen sind. Außerdem soll etwas für die Öffentlichkeit entstehen. Der Meinung sind wir auch und u.a. deswegen hier.
Doch in den Plänen des Kaufintressenten Herrn Simon kann mensch vor allem den Geldesel tapsen höten. im Originalton hört sich das so an: "Jugend- und Familienerholungsstätte mit Gastronomie und Tagesklinik in Form von 60 Eigentumappartments zur tageweisen Vermietung als Ferienwohnungen mit Hotelcharakter."
Die Ratsdamen und -herren betonen die Sozialseite des Projekts, da Eltern mit Ihren Kindern u.a. auch sogenannten "Problemkindern" hier Urlaub machen können, währenddessen die Kinder therapeutisch betreut werden. Dafür streicht der Eigentümer Millionen von den Krankenkassen ein, zahlt der Steuerzahler kräftige Zuschüsse(Subventionen) und Kredite von 9 Mio. DM. Zusätzlich kann Herr Dr. Simon die Appartments mit Zustimmung von Treuhand&Gemeinde gewinnbringend verkaufen. Davon abgesehen wird eine vierjährige Baustelle für die Unterhaltung der Nachbarn sorgen!
Wir sind der Meinung daß Simon wenn überhaupt sein Vorhaben auch anderswo verwirklichen kann, zumal er das hier stehende Haus abreißen will, welches mindestens 20 Menschen Wohnraum bietet und Platz für das von uns geplannte Kulturzentrum hat.
Ein solches Zentrum würde wohl der Öffentlichkeit mehr entsprechen als 60 Eigentumappartments.
Interessenten sind willkommen, jedoch keine Nazis!!!!

DIE BESETZERINNEN DER UFERSTR. 9 ERKNER

S-BAHN: S3 → ERKNER

Spendenaufruf

Am 14.4.1992 wurde Demba Diop, Mitglied der mauretanischen FLAM (Forces de libération africaines de la mauretanie), aus der JVA Rheinbach entlassen (siehe Angehörigen Info Nr. 90; 10.4.92). Nach seiner Entlassung ist er weiterhin von Abschiebung nach Mauretanien bedroht, was seine Hinrichtung bedeuten würde. Das Kölner Verwaltungsgericht hatte entschieden, daß Demba Diop bis zum Abschluß seines Asylverfahrens in der BRD bleiben darf. Demgegenüber steht eine davon getrennte Ausweisungsverfügung aufgrund der abgesessenen Haftstrafe. Hierüber wird das Oberverwaltungsgericht in Münster entscheiden. Bis zur Entscheidung werden kurzfristige Duldungen ausgestellt, d.h.: DM 382.- Sozialhilfe, Zuweisung in eine Sammelunterkunft, praktisch keine Möglichkeit eine Arbeit zu finden, unsicherer Aufenthaltsstatus, etc. Hinzu kommt eine dreijährige "Führungsaufsicht", die ihn jederzeit wieder in den Knast bringen kann.
Demba Diop braucht dringend eine Wohnung und finanzielle Unterstützung, um die langen Jahre der Haft aufzuarbeiten und um seine politischen Kontakte wieder aufnehmen zu können. Im Knast hatten sich intensive Briefwechsel mit GenossInnen in den USA, Frankreich und der BRD entwickelt. Seine jetzige Situation erlaubt es ihm nicht, diese Kontakte aufrecht zu erhalten und auszubauen.

Schickt Briefe an das OVG Münster mit der Aufforderung nach Aufhebung der Ausweisungsverfügung.

Spendet Geld: Konto K. Leukefeld, Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50), KtoNr.: 39 68-506, Stichwort: Demba Diop !!!

Kontaktadresse Demba Diop, c/o Unterstützungskomitee Demba Diop, Infoladen Bonn, Wolfstr. 10/Hinterhaus, 5300 Bonn 1

Eine Studie des Bundeskriminalamts zeigt: Die Zahl der gewalttätigen Zusammenstöße zwischen Links- und Rechtsradikalen nimmt rasant zu

Militant nach Lehrbuch

VON MATTHIAS MLETZKO

Die in den vergangenen zwei Jahren deutlich gewordene „Neuorientierung" und „Reorganisation" im linksextremistischen Lager dauert weiter an. Neben grundsätzlichen Orientierungsfragen (Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus") nehmen Debatten um Einsatz und Vermittlung „revolutionärer Gewalt" breiten Raum ein. Die Bandbreite dieser Diskussion reicht von Hardlinern, die auf der Option des „bewaffneten Kampfes" bestehen, bis zur offenen Resignation. Ungeachtet dessen ist ein starker Anstieg politisch motvierter Gewalttaten zu verzeichnen. Zusammenstöße zwischen dem rechts- und linksextremistischen Lager haben besonders rasant zugenommen.

Eine zum erstenmal bundesweit vorgenommene Aufstellung des BKA zählte von Januar bis Juli 1992 bereits 99 von den Ländern gemeldete Rechts/Links-Zusammenstöße – Sprengstoffanschläge, Brandanschläge, gewalttätig verlaufene Veranstaltungen und tätliche Angriffe. Im gesamten Vorjahr wurden nur 75 Ereignisse gemeldet.

Auf linksextremistischer Seite spielen in diesem Zusammenhang militante „Antifa"-Gruppen als Gegenpol zum gewalttätigen rechtsextremistischen Lager eine wichtige Rolle. „Auf ein Jahr der antifaschistischen und antirassistischen Aktionen – Hinein ins röhrende 1992", „Ansonsten Kerosin ins Feuer und Worte zu Taten" – mit derartigen Parolen wartete um die Jahreswende die militante Göttinger Gruppe „Autonome Antifa (M)" auf. Diese Gruppe zählt auch zu denjenigen, die im Sommer vergangenen Jahres die „Organisationsdebatte" in dieser Szene einleiteten und zu Jahresbeginn mit einem Koordinierungsmodell mit „Einzelpersonen", „Gruppe", „Region", und „Bundestreffen" konkretisierten.

Ähnlich lautete auch zu Silvester 1991 die Ankündigung einer militanten Zelle (Tatbekennung zu Brandanschlag auf ein DVU-Objekt), mit „diszipliniert" und „kontinuierlich arbeitenden Kleingruppen" die Strukturen der Rechten direkt anzugehen. „Militärisches Vorgehen gegen die vielfältigen Nazistrukturen" werde sich als „notwendig" aufdrängen.

„Antifa"-Gruppen existieren mittlerweile in jeder größeren Stadt – auch in den neuen Bundesländern. Eine „Antifaschistische Aktionsgruppe Tamara Bunke" zum Beispiel führte am 26. April in Cottbus eine „Beschlagnahmungs"-Aktion von Unterlagen und Akten rechtsextremistischer Aktivisten durch und zog das Fazit: „Die Faschisten sind angreifbar, wenn wir das wollen."

Erneut angeheizt wurde das Klima, als am 4. April 1992 in Berlin ein bewaffneter Überfall auf ein Treffen von Rechtsextremisten verübt wurde, bei dem der Aktivist der „Deutschen Liga für Volk und Heimat (DL)", Gerhard Kaindl, durch Messerstiche tödliche und ein weiterer Aktivist schwere Verletzungen erlitt. Im Vorfeld dieser Aktion hatten sich Berliner Gruppen und Jugendgangs wie „Antifasist Genclik", „Fighters", „Black Panthers", „Barbaren", „Bulldogs", „Türkische Warriors", „36 Boys", „Sioux", „Yildizlar" getroffen. In einem „Aufruf zum gemeinsamen Widerstand" hieß es unmißverständlich: „Denen, die uns mit Terror, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Unterdrückung psychologisch vernichten wollen, werden wir gemeinsam in der einzigen Sprache antworten, die sie verstehen. Daß wir nicht mehr schweigen, sondern handeln, werden wir unseren Freunden und Feinden zeigen."

Im März wurde in der einschlägigen Szene eine der typischen Ziellisten mit 27 Namen von rechtsextremistischen Aktivisten verbreitet, die auch Namen, Privatadresse und Firmenanschrift des wenige Wochen später ermordeten Kaindl enthielt. Nach dem Überfall enstand in der Berliner Szene eine intensive Debatte um die Frage der „Tötung eines Faschisten". Eine Berliner militante Zelle bezeichnete dies Mitte April offen als „tragbares Risiko":

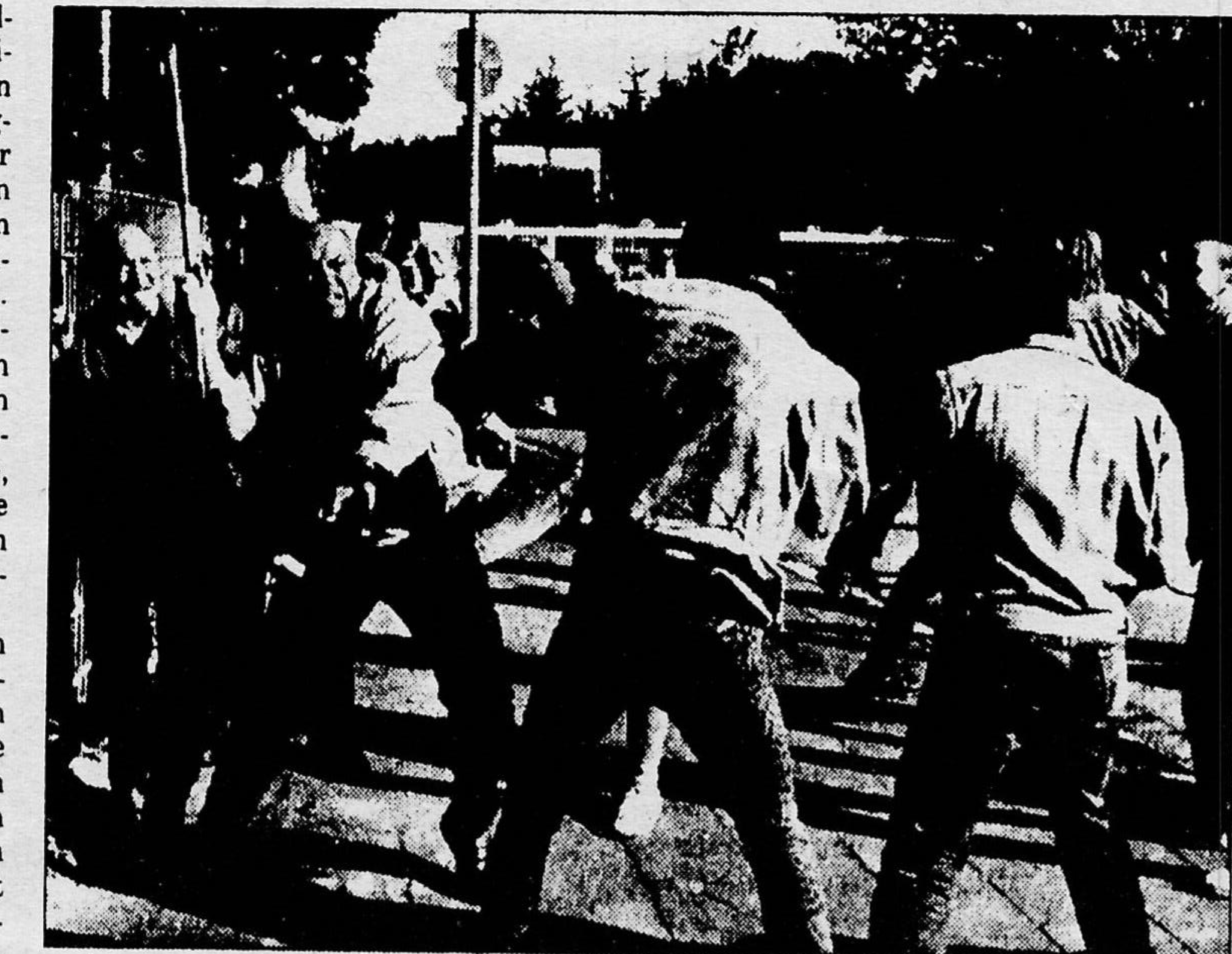
„Zum ersten Mal ist nun ein Nazi durch eine selbstbestimmte antifaschistische Aktion ums Leben gekommen – ein Risiko, das jeder militante Angriff auf faschistische Personen in sich birgt. Nach wie vor finden wir es unverzichtbar, Faschisten anzugreifen, wo es nur geht. (. . .) Unter faschistischem Selbstschutz verstehen wir nicht, erst dann an Gegenwehr zu denken, wenn wir selbst direkt von einem Angriff bedroht oder betroffen sind, sondern wir wollen den Faschisten immer aktiv etwas entgegensetzen, wenn es uns möglich ist. Wir wollen ihre Strukturen und ihre Logistik (zer-)stören, ihre Treffpunkte angreifen (. . .) sie nirgends in Ruhe lassen. Daß in einer direkten Konfrontation die Möglichkeit der Tötung eines Faschisten liegt, finden wir ein tragbares Risiko (auch wenn das nicht die ausdrückliche Bestimmung der Aktion war)."

Es gab einige „Bauchschmerzen" angesichts derartig deutlicher Stellungnahmen. „Die Auseinandersetzung mit Faschisten darf nicht in einer Totschlagmentalität enden", so die Berliner Autonomen-Schrift „Interim" am 16. April. Als Konsens in der Szene schälte sich dann die Auffassung heraus, von „Distanzierungen", „Gerüchten", „Spekulationen" und vor allem natürlich von „Aussagen" hinsichtlich der Aktion erst einmal abzusehen.

Darüber hinaus hielten und halten die meisten Gruppen am Bekenntnis zur Gewalt als notwendiges Kampfmittel fest. So Berliner „Unabhängige Antifagruppen": „Wenn wir uns gegen die rassistische Gewalt und gegen Faschisten wehren wollen, werden wir oft ohne Gewalt nichts ausrichten können." Oder im Papier eines Aktivisten Mitte April, der „antifaschistische Arbeit heute als einen zentralen Bereich linker Politik" begreift: „Militantes Vorgehen" wird als „unverzichtbar" erachtet, es wird lediglich angeraten, dabei „dauerhafte körperliche Schäden" zu vermeiden. Die Gefahr, daß dabei „ein Faschist stirbt" bestehe, darum könne sich „keine/r drumherumdrücken."

Oder die militante türkische Gruppe „Antifasist Genclik" Ende Mai: „Über diesen Vorgang braucht man nichts zu sagen, denn wer Rassismus und Faschismus sät, erntet Gegengewalt." Und das Berliner „Antifa-Info" bemerkte im Juli zu diesem Thema: „Der Tod eines unserer Gegner (liegt) nicht in unserem Interesse. Daß es aber dazu gekommen ist, ist angesichts der Eskalation der Gewalt von rechts nicht verwunderlich. (. . .) Menschen, die sich aus rationalen Gründen für ein gewaltsames Vorgehen entscheiden, müssen sich ihrer Verantwortung bewußt sein. Dazu gehört auch die Wahl der Waffen, die so getroffen werden muß, daß nichts passiert, was nicht das eigentliche Ziel der Aktion war." Es gelte, den „Kampf nach Erwägungen der Zweckmäßigkeit zu führen, zu verstärken und voranzutreiben, mit allen Mitteln, die sich als nötig erweisen – by any means necessary!"

Solche einkalkulierte Gewaltbereitschaft ist keineswegs das Ende aller Überlegungen. Es zirkulieren auch Papiere mit der Forderung nach noch härterer Gangart. Eine „Antifa-Gruppe" forderte die RAF unumwunden auf, die „Anschlagsziele thematisch zu verlagern und Faschoführer zu liquidieren."



Gewaltbereit wie noch nie: Links- und Rechtsradikale, wie hier bei Krawallen vor einer NPD-Veranstaltung in Neumünster, bereiten dem BKA Sorgen.
Foto: dpa

DIE EINEN SIND IM DUNKLEN, DIE ANDEREN SCHON IM LICHT

Schnüffler in Bochum (wieder)aufgetaucht

Vieles hat sich in den letzten Jahren in diesem Land geändert; vieles hat sich ge"wendet". Manche Dinge aber bleiben, wie sie schon früher waren. Dazu gehört die schmutzige Beschäftigung derjenigen, die im Verborgenen arbeiten und bleiben wollen, die sich der Sache des Staatsschutzes mit Herz, Hirn und Hand verschrieben haben, die "verdeckte Ermittler" oder kurz "Schnüffler" genannt werden. Wer sich nur ein wenig dafür interessierte, wußte schon immer, daß es sie gibt. Jetzt sind sie wieder einmal aufgetaucht. Hier, tief im Westen, in Bochum sind sie aufgefallen.



Zu den Fakten: Seit ca. einem halben Jahr werden mehrere Leute aus der linken Szene in Bochum observiert. Auf allen Wegen, die sie machen, werden sie verfolgt, beobachtet oder auch fotografiert. Ob sie zu Fuß, mit dem Fahrrad, der Straßenbahn oder dem Auto unterwegs sind, die zivil und adrett gekleideten Schnüffler sind dabei. Ob beim Einkauf um die Ecke, beim Besuch in der Nachbarstadt oder einer Reise quer durch die Republik: Die DAmen und Herren Beamten folgen mal auf dem Fuße, mal mit größerem Abstand.

Das Ganze geschieht mal tage-, mal wochenlang mit einem enormen personellen und materiellen Aufwand; d.h. einer großen Anzahl von BeamtInnen sowie ständig wechselnden Autos bzw. Nummerschildern. Dazu gehören u.a. folgende Kennzeichen bzw. Wagen:

BO-NK-649 Benz dunkelblau
BO-TA-283 Audi dunkelgrau
DO-NP-114 Opel grau
DO-PT-186 Audi "rosa"
BM-AR-528 BMW weinrot
W-HE-217 BMW schwarz
OS-A-5763 BMW silbergrau
BM-JM-542 BMW weinrot



Außerdem wurde in mindestens einem Fall eine Dachwohnung angemietet, um Leute von Fenster zu Fenster mit Fotokamera und FErnrohr zu bespitzeln und überwachen. Und natürlich gehen wir davon aus, daß Telefone abgehört werden.



Wir wollen keine Spekulationen darüber anstellen, warum die Bullen welche Leute observieren. Wir wissen nicht einmal, ob die Spitzelaktionen in Bochum zusammenhängen. Denn abgesehen davon, daß zu dem ausspionierten Personenkreis auch die beiden Bochumer Frauen gehören, die sich vor drei Jahren weigerten, der Bundesanwaltschaft als Zeuginnen in 129a-Verfahren gegen Dritte zu dienen, gibt es keine Anhaltspunkte für ein Interesse des Staatsschutzes an den betroffenen Leuten.

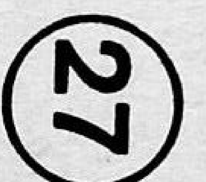
Unabhängig von ihren konkreten Absichten in den aktuellen Fällen ist für uns entscheidend, daß die Unternehmungen des Staatsschutzes immer das gleiche Ziel verfolgen. SIe wollen linke Opposition ausspähen, Strukturen und Zusammenhänge ermitteln, sich ein immer feineres Bild von unserem Leben und Denken zusammenbasteln. Zu diesem ZWeck läßt sich aus ihren Aktenbergen, Dossiers und Computern immer ein Vorwand konstruieren, der es ihnen ermöglicht, ihre Schnüffelaktionen mit Hundertausenden aus dem Steuersäckel zu finanzieren. Schließlich haben sich die Verantwortlichen ihre Staatssicherheit schon immer einiges Kosten lassen!



Natürlich haben die Aktivitäten der Bullen auch immer private Konsequenzen bei uns. Sie dringen in unsere Privatsphäre ein und unterwerfen uns einer permanenten Kontrolle, die wir uns nicht länger bieten lassen wollen. Wir haben deshalb heute, am 18.8.92, die Medien auf ihre konspirative Wohnung aufmerksam gemacht und uns



Fotos von ihren Observationsautos bzw. deren Fahrern beschafft. Außerdem werden wir in Zukunft weiterhin versuchen, ihre Aktivitäten und AKtivistInnen ins Licht der Öffentlichkeit zu bringen.



Verdeckte Ermittler vorerst zurückgezogen

Innenminister Birzele: Gefahr für Beamte derzeit zu groß – Kein Indiz für „Entspannung" im RAF-Umfeld

sv. STUTTGART/TÜBINGEN. Innenminister Frieder Birzele (SPD) hat den Einsatz verdeckter Ermittler im linksextremistisch-terroristischen Bereich vorerst ausgesetzt. Dies sei zum Schutz der betroffenen Polizeibeamten geschehen, um verdeckte Ermittler nach dem Auffliegen zweier Kollegen in Tübingen in der vergangenen Woche (wir haben darüber berichtet) keinen Gefährdungen auszusetzen, sagte Birzele gestern bei einer Pressekonferenz. Bei den jetzt zurückgezogenen Ermittlern handele es sich um eine „einstellige Zahl". Das Zurückziehen der Beamten sei aber kein Indiz dafür, daß sich die Lage im sogenannten Umfeld der Unterstützer der Rote-Armee-Fraktion (RAF) „entspannt" habe. Die von den Ermittlern beobachteten Gruppen hatten in der vergangenen Woche Angaben zur Person der Beamten sowie Fotos der beiden veröffentlicht. Verdeckte Ermittler innerhalb der Organisierten Kriminalität und des Drogenhandels werden davon nicht berührt. Mittlerweile hat sich auch die Landesbeauftragte für den Datenschutz, Ruth Leuze, zu dem Tübinger Vorfall zu Wort gemeldet. Ihr Amt sei derzeit mit der Sichtung der „sehr komplexen" Vorgänge beschäftigt.

Am Vorabend hatte Birzele bei einem Gespräch mit den betroffenen Gruppen – hauptsächlich Dritte-Welt-Gruppen – in Tübingen den Einsatz verdeckter Ermittler mit Nachdruck verteidigt. Er sprach sich aber für eine Neuregelung der Einsatzvoraussetzungen aus. Hier solle in Zukunft nicht mehr allein das Landeskriminalamt (LKA) entscheiden, vielmehr solle eine andere Stelle die Verhältnismäßigkeit des Einsatzes prüfen. Bei einer Novellierung des Landespolizeigesetzes werde er für eine stärkere Kontrolle des Einsatzes verdeckter Ermittler eintreten, hatte Birzele erklärt. Den anwesenden Vertretern der Gruppen versprach der Minister, daß der gesamte, anderthalb Jahre dauernde Vorgang überprüft werde. Sämtliche Hinweise auf Personen, die nichts mit den Ermittlungen zu tun hätten, würden aus den Akten entfernt werden. Dies gelte allerdings nicht für Einträge über sogenannte Zielpersonen. Die von Gruppenvertretern geforderte Einsicht in die Akten lehnte Birzele aus rechtlichen Gründen ab. Er wiederholte seine Erklärung, daß zu keinem Zeitpunkt „politische Gruppierungen bespitzelt" worden seien. Es sei ausschließlich um Ermittlungen von Straftaten politisch motivierter Gewalttäter gegangen.

Auf der gestrigen Landespressekonferenz betonte der Innenminister, daß die Entwicklung in der linksextremistisch-terroristischen Szene weiterhin aufmerksam beobachtet werden müsse. Dies sei wichtig, „weil Teile des sogenannten Widerstandes sich von dem vorläufigen Gewaltverzicht der RAF distanzieren und die Fortsetzung des ‚bewaffneten Kampfes' fordern", sagte Birzele. Ob und unter welchen Bedingungen der Einsatz verdeckter Ermittler wieder aufgenommen werde, hänge von der weiteren Entwicklung ab.

In einer Pressemitteilung teilte die Datenschutzbeauftragte Ruth Leuze mit, daß ihr Amt aufgrund der Anfrage einer Tübinger Bürgerin (es handelt sich um eine Frau aus den beobachteten Tübinger Gruppen, die im selben Haus wie die beiden verdeckten Ermittler lebte) schon am 19. Juni beim LKA um weitere Information nachgefragt habe. „Dabei erwähnte das LKA mit keinem Wort, daß es im Raum Tübingen verdeckte Ermittler eingesetzt", monierte die Datenschützerin.

In dem Gespräch am Montag abend im Haus der Evangelischen Studentengemeinde in Tübingen, zu dem Inneminister Birzele die betroffenen Gruppen eingeladen hatte, hatte der Minister erklärt, daß er am 15. Juli über die Ermittlungsaktionen unterrichtet worden sei. Nach Bekanntwerden des Abzugs der Beamten in der Öffentlichkeit – einer der beiden hatte gegenüber seiner Freundin seine wahre Identität offenbart – habe er sofort alle Landtagsfraktionen informiert. Die verdeckten Ermittler seien seit Februar vergangenen Jahres im Einsatz gewesen. Anlaß sei der begründete Verdacht gewesen, daß Einzelpersonen aus dem sogenannten RAF-Umfeld im Raum Tübingen die Zusammenarbeit mit französischen und italienischen Terrororganisationen hätten verstärken wollen.

Infotelefon - Der Widerstand hat eine Nummer !?!

WIR WOLLEN ALLES WISSEN !!!

Bereits vor einem Jahr brachten wir ein Flugblatt mit gleicher Überschrift heraus, um auf das seit Ende 1989 bestehende INFOTELEFON aufmerksam zu machen.

Bevor wir etwas zu den Gründen sagen, die zur Enstehung des INFOTELEFONS geführt haben, nochmals kurz die Funktionsweise.

Im wesentlichen besteht das INFOTELEFON aus einem Anrufbeantworter mit unbegrenzter Ansagezeit. Unter der Telefonnummer
0 42 21 / 17 8 15 kann Mensch diese Maschine Tag und Nacht anrufen. Nach einem kurzen einleitenden Text über die Funktionsweise des INFOTELEFONS hört Mensch dann alle uns bekannten Termine von Veranstaltungen, Demos, Aktionen usw.
Im Anschluß ertönt ein Pfeifton, ein zweites Band wird eingeschaltet, nun kann der/die AnruferIn neue Informationen aufs Band sprechen. Dieses zweite Band ist von AnruferInnen nicht abhörbar, in der Regel hören wir dieses Band aber mindestens einmal am Tag ab und besprechen dann entsprechend der neu eingegangenen Meldungen das Ansageband mit den neuen Infos. Soweit die "technische" Seite des INFOTELEFONS.

Der für uns entscheidende Grund zur Einrichtung des INFOTELEFONS liegt in der unzuverlässigen und von vielen Widrigkeiten abhängigen Möglichkeit der Informationsbeschaffung in der Provinz. Das INFOTELEFON soll helfen, das Informationsgefälle zwischen Metropole und Provinz zu verkleinern.
Immer wieder erreichten uns Flugblätter, die zu irgendwelchen Ereignissen mobilisierten, erst, wenn wir über das Ereignis bereits in der Zeitung gelesen hatten. Umgekehrt war es schwierig und von persönlichen Kontakten abhängig, in Metropolen für Aktionen in der Provinz zu mobilisieren.

So war der Infomationsfluß nur dadurch gewährleistet, daß Menschen aus der eigenen Stadt in der nächst größeren studierten bzw. arbeiteten und so Informationen mitbrachten oder eben über mehr oder weniger zufällige Bekanntschaften. Hat diese "Bekanntschaft" plötzlich einen Sinneswandel und konzentrierte ihre Kraft lieber aufs Kartenlegen, als auf z.B. die Hafenstrasse, war es wieder aus mit dem Informationsfluß.
Hinzu kommt, daß es in vielen Provinznestern keine Strukturen in Form von linken Buchläden, Szenekneipen, geschweige denn selbstverwalteten Zentren gibt.
So ist es für Menschen, die dort leben schwierig, sich mit Informationen zu versorgen, Termine mitzubekommen oder an überregionalen Strukturen beteiligt zu sein.
Doch auch umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wie mobilisiert der oder die Provinzautonome in den Metropolen für Ereignisse, die sich in ihrer/ihrem Dorf abspielen, wenn er/sie nicht in irgendwelchen metropolitanen Strukturen verankert ist?
Wer legt denn fest, daß z.B. die mögliche Räumung der Hamburger Hafenstraße ein wichtigeres Ereignis ist als die Räumung eines von Jugendlichen besetzten städtischen Freizeitheimes mit der Forderung nach einem selbstverwalteten Zentrum in Klein Wölfingerode?
Das Infotelefon soll also auch helfen, auf Ereignisse in der Provinz aufmerksam zu machen, die vielleicht in den Metropolen gar nicht wahrgenommen werden.

Ein anderer Grund für die Idee des Infotelefons war die Erkenntnis, daß es Ereignisse gibt, bei denen die herkömmliche Mobilisierung über Flugblätter, Plakate etc. zu schwerfällig ist. Wenn z.B. der genaue Ort und Zeitpunkt eines (Neo-)Nazitreffens erst zwei Tage vorher bekannt wird, ist es für's Flugblätterverteilen zu spät, gleiches gilt, wenn in einer Stadt mit von Räumung bedrohten besetzten Häusern massive Bullenaktivitäten zu beobachten sind.

Soweit erstmal zur Grundidee des Infotelefons und nun etwas zur aktuellen Situation.
In "normalen" Zeiten erhalten wir etwa 20 Anrufe pro Tag, während des Sommerlochs etwas weniger und in bewegten Zeiten (z.B. Golfkrieg) etwas mehr.
Da auf etwa 10 Anrufe ein Anruf kommt, bei dem neue Informationen auf das Band gesprochen werden, ist es nicht möglich, abschließende Berwertungen über den derzeitigen Verbreitungsgrad des Infotelefons zu machen, da wir dies nur anhand der neu aufgesprochenen Informationen beurteilen können. Es scheint aber so zu sein, daß der Verbreitungsgrad im Norden der Republik besser ist als im Süden und aus den neuen Bundesländern erhalten wir so gut wie keine Anrufe.
Außerdem hat es den Anschein, daß dann besonders viele Anrufe aus einem Gebiet/einer Stadt eingehen, wenn dort die Existenz des Infotelefons zum ersten Mal bekannt wird, diese Aktivität dann aber irgendwann nachläßt und teilweise sogar ganz aufhört, so z.B. geschehen mit Hamburg und Bremen. Woran dies liegt, vermögen wir nicht abschließend zu beurteilen; ein Grund könnte darin liegen, daß die Idee der Mobilisierung übers Telefon einfach zu ungewohnt ist und bisherigen Verhaltensweisen widerspricht (Stichwort: Abhörgefahr). Andererseits gibt es vielleicht auch grundlegende Kritik an der Einrichtung Infotelefon, die uns aber bisher nicht erreicht hat (- mit einer Ausnahme, bei der der Anrufer meinte wir seien "technische Idioten" -).
Um es an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich zu sagen, wir verstehen uns nicht als Dienstleistungsbetrieb. Das Infotelefon, so wie wir es uns vorstellen, kann nur dann funktionieren und auch eine gewisse Bedeutung für die Informationvermittlung erlangen, wenn es von vielen Menschen aus der gesamten BRD genutzt wird. D.h. die aktive Mitarbeit einer/eines jeden Einzelnen ist erforderlich. Schon rein zeitlich ist es uns nicht möglich, Terminen hinterher zu recherchieren. Wir geben wirklich nur das weiter, was andere uns auf das Band gesprochen haben. Dies ist besonders dann unbefriedigend, wenn z.B. einE AnruferIn eine Räumung in X ankündigt und sich dann nicht mehr meldet, sodaß wir nicht weitergeben können, wie die Situation vor Ort sich entwickelt hat (Räumung verhindert, durchgesetzt oder gar nicht versucht?).
Unser Anspruch, auch kurze Berichte über stattgefundene Ereignisse weiterzugeben, damit sich auch andere Menschen dazu verhalten können, erschien uns besonders während des Golfkrieges wichtig, als sich der Schleier der Zensur über die Aktionen senkten, die den Schritt vom Protest zum Widerstand vollzogen. Während dieser Zeit erschien es uns wichtig, mit Hilfe des Infotelefons eine wenn auch nur sehr begrenzte Möglichkeit zu haben, auf stattgefundene Aktionen aufmerksam zu machen und damit zum einen die Breite des Widerstandes zu dokumentieren und zum anderen vielleicht weiteren Menschen Mut zu entschlossenem Handeln zu machen.

Damit sind wir auch schon bei einem weiteren Bereich, der beim Thema Infotelefon nicht fehlen darf. Die Angreifbarkeit dieser Einrichtung durch staatliche und andere Stellen. Das Infotelefon läßt sich nicht aus der Illegalität heraus betreiben, über Telefonanschluß und die Stimmen auf dem abhörbaren Teil des Bandes sind Einzelne schnell zu identifizieren, dies müssen wir natürlich auch bei den von uns weitergegebenen Informationen berücksichtigen. Wir versuchen, alle hier ankommenden Infos möglichst im Wortlaut weiterzugeben, da wir uns nicht als Zensurbehörde verstehen. Manchmal macht es aber unsere eigene Sicherheit erforderlich, Umformulierungen vorzunehmen. Bisher hat sich darüber aber auch noch niemand beschwert.
Was die Aktivitäten des Staatsschutzes angeht, so können wir nicht sagen, ob dieser mit in der Leitung hängt. Wir wissen aber, daß die Bullen hin und wieder wie "normale" BenutzerInnen das Infotelefon anwählen und sich die aufgesprochenen Informationen anhören.

Zur Zeit befürchten wir aber keine konkreten Schritte gegen das Infotelefon, da wir nicht glauben, bereits eine Bedeutung erlangt zu haben, mit der wir irgendjemand auf die Füße treten. Wie verläßlich die Möglichkeit des Infotelefons allerdings in Krisenzeiten ist, mag hier zunächst dahingestellt bleiben, jedeR der/die einmal seine/ihre Telefonrechnung nicht bezahlt hat weiß, wie schnell ein Telefonanschluß abzuklemmen ist. Aber, und dies erscheint uns besonders wichtig, das Infotelefon soll ja auch keine Strukturen ersetzen, sondern helfen, neue zu schaffen, sodaß der Verlust des Infotelefons keine großen Lücken aufreißen darf.

Mit Angreifbarkeit durch andere Stellen meinen wir hier konkret die alten und neuen Nazis. Drohanrufe und -briefe gehören mittlerweile zum Alltag und bereits wiederholt wurden Angriffe auf unsere Postadresse angekündigt. Damit läßt sich aber leben.
Viel wichtiger ist unserer Meinung nach die Frage, wie können die Rechten das Infotelefon eventuell für ihre Zwecke nutzen und wie können wir dies verhindern. Wir wollen hier jetzt keine Gebrauchsanleitung für Störaktionen weitergeben, deswegen nur kurz etwas zu unseren bisherigen Überlegungen, wie so etwas verhindert werden kann. Das wesentliche scheint uns zu sein, daß wir uns die Möglichkeit schaffen müssen, Informationen, die bei uns eingehen und die uns merkwürdig vorkommen, überprüfen zu können.
Dazu müßten wir allerdings Kontaktmöglichkeiten in der ganzen BRD haben, woran es zur Zeit noch erheblich mangelt.
Damit sind wir im Prinzip schon bei der Frage der Perspektiven der Idee Infotelefon. Nach unseren Vorstellungen sollte es in Gesamtdeutschland 10 bis 12 Infotelefone geben, die untereinander vernetzt sind. Jedes dieser Telefon könnte dann zum einen die überregional interessanten Informationen und zum anderen nur regional interessante Meldungen weitergeben, was einerseits die Attraktivität der einzelnen Telefone steigern würde und andererseits die Geldbeutel der AnruferInnen schonen würde. Mehrere regional verankerte Telefone würden dann auch eine größere Verläßlichkeit in der Überprüfung von eingehenden Informationen gewährleisten und die Angreifbarkeit verkleinern.
An dieser stelle noch einmal: das Infotelefon steht und fällt mit den BenutzerInnen. Wir können nicht viel mehr tun, als hier ankommende Informationen auch wieder 'rauszuschicken. Welche Funktionen das Infotelefon einmal übernehmen und welchen Stellenwert es für die Nachrichtenübermittlug und Mobilisierung einnehmen wird, hängt von seinem Verbreitungsgrad und seiner Verankerung ab. Erst wenn es sich als selbstverständliches Mittel der Informationsweitergabe neben Zeitungen und Flugblättern etabliert hat und so auch in den Köpfen vieler Menschen existiert, kann es auch in Krisensituationen zu einer Gegenöffentlichkeit und zur schnellen massenhaften Mobilisierung beitragen.
Solange das Infotelefon aber nur sporadisch genutzt bzw. in einigen Gebieten überhaupt nicht (mehr) bekannt ist, wird es diese Funktion nur eingeschränkt übernehmen und damit seiner ursprünglichen Zielsetzung auch nicht gerecht werden können.

Wir hoffen deshalb, daß alle, die die Idee des Infotelefons richtig und wichtig finden, das Ihrige dazu tun, um diese in ihren Zusammenhängen weiter zu verbreiten. Es gibt dafür ermutigende Beispiele. So wurden in Berlin Plakate zum Infotelefon verklebt, im Ruhrpott über einen Radiosender darüber berichtet und in anderen Städten taucht die Infotelefon-Nummer auf diversen Flugblättern mit auf.

Kritik, Anregungen oder weitere Fragen bitte über folgende Adresse - ansonsten gilt: Ruf doch 'mal an!

Infotelefon
c/o Album e.V.
Oldenburger Str. 13
2870 Delmenhorst→

Fortsetzung von letzter Nummer:

BEGRIFFE

Wie gesagt, die gegenwärtige Situation erfordert, dass wir unsere Politik erneut bestimmen.
Ein effektvoller und einfacher Zaubertrick ist, die Klassengesellschaft als Grundlage der Analyse und des Kampfes nicht mehr sichtbar machen zu wollen. Das hat zur Folge, dass Begriffe entstehen, die richtig sind, die Auswirkungen und Erscheinungen bezeichnen, die aber die Ursachen nicht erfassen. Begriffe wie "Selbstentfremdung" und "emanzipativer Prozess" ersetzen alte, ohne sie auf eine neue Grundlage zu stellen. Dabei wird die Dialektik zwischen Ursachen und Wirkungen aus den Augen verloren.
Die Klassensituation ist nach wie vor relevant, aus ihr heraus werden die Kämpfe geführt. Vorallem jener, die gegen die Bedürfnisse der Leute geführt wird, der Klassenkampf von oben also. Die Wirkungen imperialistischer Politik und die Klassenkonfrontationen müssen wieder mit deren Ursachen, der kapitalistischen Ausbeutung, zusammengebracht werden. Die Wiederholung des Vorwurfs der Antiquiertheit dieser Position und der Hinweis aufs diffuse "Neue" macht den Vorwurf weder wahrer, noch kann er die Klassenanalyse als Grundlage von revolutionärer Politik ersetzen. Gerade in einer "aussergewöhnlichen" historischen Situation, in der objektiv die verschiedensten Entwicklungsmöglichkeiten angelegt sind, und gerade weil die Zusammensetzung der Klassengesellschaft (resp. der Klasse) kompliziert ist, sollten erneut die Trennungslinien und Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen geklärt werden. Daraus kann dann eine authentische proletarische Klassenposition als Ausgangspunkt revolutionärer Perspektive abgeleitet werden.

KRISE DER LINKEN

Die "radikale" Linke ist in einer Krise. Dies vorallem Kraft ihrer politischen Schwäche, die sich auch, nicht nur, durch die Stärke der Propaganda der Herrschenden ergeben hat. Diese wiederum ist die Folge der heutigen Situation, die wesentlich durch den Zusammenbruch der "realsozialistischen" Machtstrukturen geprägt ist. Daraus kann nicht eine einseitige, undialektische und auch humanitäre Position abgeleitet werden, welche die katastrophalen Folgen des "Zusammenbruchs" höher bewertet als die unterdrückenden Bedingungen in einem staatskapitalistischen Machtstaat.
Dies betrifft uns im doppelten Sinn: einerseits über die veränderten objektiven Bedingungen, imperialistische Neuaufteilung der Welt, andererseits - und das ist zentral - ist diese Entwicklung ein Teil unserer eigenen Geschichte. Ob es uns passt oder nicht. Wir können nicht beliebig aus der Geschichte herauslesen, was uns passt.

GESCHICHTSBEWUSSTSEIN

Was in den letzten Monaten passierte (Auflösung der UdSSR und formeller Anschluss an den Weltmarkt, Auflösung des Warschauerpaktes, Gründung der GUS etc.) ist nur der Abschluss einer Entwicklung, welche am Anfang wirklich Ansatz einer revolutionären Alternative und Perspektive war.
So definieren wir Geschichtsbewusstsein: die Grundursache von Verflachung, Dogmatisierung und reformistischer Integrationsbereitschaft ehemals revolutionärer Theorie und Praxis (wir nennen es Revisionismus) bis hin zum Kapitalismus, kann nur innerhalb,

und nicht ausserhalb, der eigenen Geschichte liegen. Die innere Widersprüchlichkeit der kommunistischen Bewegung, bzw die fehlende Bewusstheit über den Klassencharakter dieser Widersprüche, sind entscheidende Grundlage dieser Entwicklung.
Das ist das Erste: unsere Geschichte nicht einseitig reproduzieren. Die oben erwähnte Verflachung ist genauso ein Teil davon, wie alle revolutionären Ansätze; es gibt weder rein rechte, noch rein linke Positionen. Von Anfang an sind in ihnen immer beide Aspekte vorhanden. Sie drücken sich entsprechend der konkreten Situation unterschiedlich stark aus. Es gibt also nicht ein einseitiges schwarz-weiss-Bild, sondern eine Bewegungssituation. Ohne Dialektik, ohne Kampf der Widersprüche, bleibt der revolutionäre Prozess stehen. Die im revolutionären Kampf objektiv werdenden Widersprüche können sich jeweils in diese oder in jene Richtung, zur Revolution oder zum Revisionismus entwickeln. Das Entscheidende darin ist das subjektive Handeln: bewusst als Klassenkampf von unten oder (per Dekret verwaltet) als Objekt der herrschenden Klasse.
Und schliesslich, damit verbunden: Entwicklungen lassen sich nicht an fixen Daten festmachen, mit klar definiertem Anfang und Ende. Sie sind dialektisch. Wir haben Dialektik in- und um uns. Einzelne Prozesse finden ihren Abschluss, um im nächsten Prozess aufgehoben zu sein.

Zum Zweiten: Das Verständnis vom Primat der Praxis. Historisches Bewusstsein geht davon aus, die Gegenwart zu verändern. Der Ausgangspunkt ist nicht die Geschichte, sondern die Kritik der jetzigen Fehler und die offenen Fragen der Gegenwart. Daher analysieren wir historische Prozesse, indem wir aktuelle politische Probleme in ihre Geschichte und die dazugehörigen Entwicklungsprozesse zurückverfolgen. Daraus finden wir bessere Möglichkeiten, sie zu überwinden. Wenn wir geschichtliche Kämpfe kritisieren, müssen wir aufzeigen, wie die Heutigen zu führen sind.
Gehen wir bei der Geschichtsanalyse nicht von diesem Primat aus, reduziert sich das Ganze auf "das ist ja immer schon so gewesen" oder "es musste ja so kommen" etc.
Der Prozess revolutionärer Neubestimmung darf sich keine historische Hindernisse und unaufgearbeitete Tabus leisten. Gleichzeitig ist er an die Geschichte gebunden. Sie ist seine Grundlage. Revolutionäre Praxis ist und war immer geschichtlich bedingt und damit geschichtlich begrenzt. Die Vulgarisierung, Dogmatisierung und Oberflächlichkeit "kommunistischer" Theorie ist unmittelbar an ihre praktische Umsetzung gebunden und umgekehrt.

Und das Dritte: Theorie ist kein Kochbuch, das zeitlos richtige Rezepte liefert. Und wenn sie das nicht leistet, nicht leisten kann, dann liegt das Problem beim falschen Anspruch an die Theorie und nicht bei der Theorie als solche. Beispiel: Die marxistische Theorie sei falsch, weil sie auf bestimmte aktuelle Fragen keine Antwort, resp. falsche Antworten gegeben habe.
Theorie leistet Hilfe bei der Verallgemeinerung der jeweiligen revolutionären Praxis. Erkenntnis ist die Summe eines praktischen Prozesses. KeinE RevolutionärIn hat den folgenden Generationen untersagt weiterzudenken und weiter zu handeln. Im Gegenteil: revolutionäre Theorie entwickelt sich immer aus einer gesellschaftlichen revolutionären Praxis. Was von der historischen Grundlage, in veränderter Form, jeweils weiterleben soll, ist nur konkret beantwortbar, durch eine Analyse der heutigen gesellschaftlichen Situation und der aus ihr erwachsenden Neubestimmung revolutionären Handelns.

BREITE ?

Die Schwierigkeit eine Orientierung zu finden und die Suche nach einer revolutionären Bestimmung ist an die objektive Situation gebunden. Eine Tendenz innerhalb der "radikalen" Linken versucht, ihre realen Probleme in der Breite einer nicht existenten Bewegung lösen zu wollen. Auch die RAF versucht auf diese Art, ihre politischen Fehler wettzumachen. Das zu tun, was politisch für eine Basis notwendig ist, fällt jetzt schwer, weil dieser Weg langwierig ist, und kaum schneller Erfolg sichtbar wird. Auch wenn wir wiedereinmal wenige sind, von der (ver)öffentlich(t)en Meinung kaum beachtet, scheinbar selbst in der Klasse isoliert (scheinbar, weil die Ungleichzeitigkeit des Bewusstseins viel mit der kapitalistischen sozialen Realität und nichts mit der manchmal unterstellten linken Sektiererei zu tun hat) geht kein revolutionärer Weg an einer **qualitativen** Entwicklung vorbei.
Reformistische Sackgassen, die antagonistische Klassengesellschaft verleugnend, gibt es so viele wie die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung lang ist. Sie wiederholen sich: An Stelle der revolutionären Dialektik als Motor des revolutionären Prozesses steht eine ruhige evolutionäre Entwicklung, hin zum besseren Kapitalismus; die Antiquiertheit der Klassenposition (mit Hinweis auf eine geänderte objektive Situation), als ob sich mit der laufend veränderten ökonomischen Situation nicht auch die Klassenzusammensetzung und der Proletariatsbegriff mitverändert hätten. (Die banale Feststellung, dass der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht mehr auf dieselbe Weise sichtbar ist, ändert nichts am Prinzip der Klassengesellschaft.) Damit verknüpft wird die Relativierung revolutionärer Grundprinzipien (proletarischer Klassenkampf gegen bourgeoise Ausbeutung und Unterdrückung; der Kapitalismus hat keine Fehler, er ist der Fehler; gewaltsame Zerschlagung dieses Systems etc.) zugunsten vermeintlicher Augenblickserfolge wie die punktuelle Mobilisierung breiter Kreise auf eine bestimmte Aktion hin oder die Notwendigkeit jetzt mit den Diskussionen unten, an der sozialen Basis zu beginnen. Die Betonung auf jetzt deshalb, weil die Geschichte schon immer von den Massen gemacht wurde, sei es 1917, in Vietnam oder in China. Die Vorstellung, die Avantgarde mache Politik anstelle der Massen, kann nur dort aufkommen, wo sich eine revolutionäre Organisation ohne politische und organisatorische Verbindung und daher ohne permanenten gegenseitigen Austausch mit der Basis, auf den Weg macht "die Massen zu befreien". Stellen sie dann zu einem bestimmten Zeitpunkt erschreckt ihre Isoliertheit/Abgehobenheit fest, wird das Kind mit dem Bade ausgeschüttet: Nicht das starre Festhalten an einer unter bestimmten objektiven Bedingungen entwickelten Strategie sei das Problem, sondern das Konzept der Avantgarde als solches sei überholt.
Eine Mobilisierung und Diskussion, der revolutionäre Politisierung genausowenig vorangegangen ist, wie revolutionäre Organisierung danach erfolgt, wird dann politische Breite genannt. Breite? Diese politische Breite meint die Anhäufung von Quantität, die Aneinanderreihung von Handlungen und Menschen. Das heisst im Klartext: Wir müssen viele werden, Menschen natürlich, subito! - Wohlbemerkt das ist eine Strategie, und nicht taktisches Geplänkel...
Frau und Mann nehme einen gesellschaftlichen Widerspruch und sammle all jene Kräfte, die einen gemeinsamen Nenner haben: Empörung über bestimmte Auswüchse der anderen, herrschenden Seite. So entsteht eine Aneinanderreihung der verschiedensten Interessen bzw politischen Positionen, die jedoch ohne jeden inneren Zusammenhang sind. Es fehlt die Einheit in bezug auf die Ursachen dieser Auswüchse (der täglichen kapitalistischen Misere überhaupt)

also die notwendige Grundlage für die gemeinsame Bestimmung einer revolutionären Alternative. Warum wir gegen die andere Seite kämpfen und daher was wir an Stelle des Kapitalismus aufbauen wollen ist die entscheidende revolutionäre Qualität in der gesellschaftlichen Entwicklung. Fehlt diese, in einem langwierigen Bewusstseinsprozess wieder zu erarbeitende, Grundlage, wird jede politische Breite eine scheinbare sein, die so schnell zerfällt, wie sie entstanden ist. Ein solches Beispiel war die Mobilisierung zum Golfkrieg.
Selbst wenn wir vom Klassencharakter der Gesellschaft ausgehen, ändert sich nichts an der Tatsache, dass es hier im Moment die Klasse (Proletariat) für sich nicht gibt. Sie ist entsprechend den immer differenzierteren Produktionsbedingungen in die verschiedensten Interessen aufgespaltet und zusätzlich im festen Griff der Sozialpartnerschaft.
Auf dieser politischen Grundlage, wird sich jede und jeder in einer Mobilisierung anders artikulieren, für ganz verschiedene Ziele kämpfen und daher unterschiedliche Methoden und Strategien vorschlagen. Einzelne Aktionen bleiben so isolierte politische Episoden. Sie sprengen nicht die Grenzen des Systems, sind nicht Teile einer gemeinsamen Strategie und es kann sich keine politische Substanz akkumulieren (Analysen, Klassenanalysen, Theorie, Organisierung etc.). Sie bleiben Reaktion auf die Auswüchse kapitalistischer Herrschaft.
Mit politischer Breite ist eigentlich das Verhältnis zur sozialen Basis gemeint und das ist in der Tat entscheidend. Nur, diese ist weder über die Bühnen der reformistischen Institutionen einzuholen, noch lässt sich die Ungleichzeitigkeit des Bewusstseins ausgleichen, indem wir uns ans momentane Massenbewusstsein anbiedern.
Wir können erst mehr werden, wenn wir Schritt für Schritt versuchen Boden unter die Füsse zu kriegen, indem wir die Klassensituation in den Kämpfen analysieren und die gemeinsamen proletarischen Klasseninteressen (das Interesse und Bedürfnis, als unterdrückte und ausgebeutete Klasse, für die klassenlose Gesellschaft praktisch zu kämpfen) versuchen in einem gemeinsamen Prozess zu sammeln - politisch wie auch organisatorisch.
Ohne gemeinsame Klasseninteressen (aus ihnen ergibt sich eben warum und wofür wir kämpfen) wird diffus, was im revolutionären Prozess klar sein muss: Wer ist ausgebeutet, Wo sind die herrschenden Ausbeuter, wo jene, die den Kapitalisten immer wieder mit Reformen unter die Arme greifen. Gerade weil wir der anderen, bürgerlichen Seite der Ausbeutung und Unterdrückung, kämpfend widersprechen, uns nicht in einem Punkt, und auch nicht vorübergehend, mit reformistischen Retuschen zufrieden geben, kann es für uns nur den Weg des revolutionären Aufbaus geben.

TROTZDEM...

Wir haben uns entlang der Kämpfe der politischen Gefangenen und der Politik der Guerilla politisiert und engagiert. Bei uns habt ihr genau das bewirkt, was ihr wolltet: der Prozess, den ihr heute als überholt betrachtet, hat in unserer Politisierung stattgefunden. Wir sind nicht viele, wir kommen in eurer Analyse kaum mehr vor, doch wir versuchen etwas, mit den Kräften, die vorhanden sind.

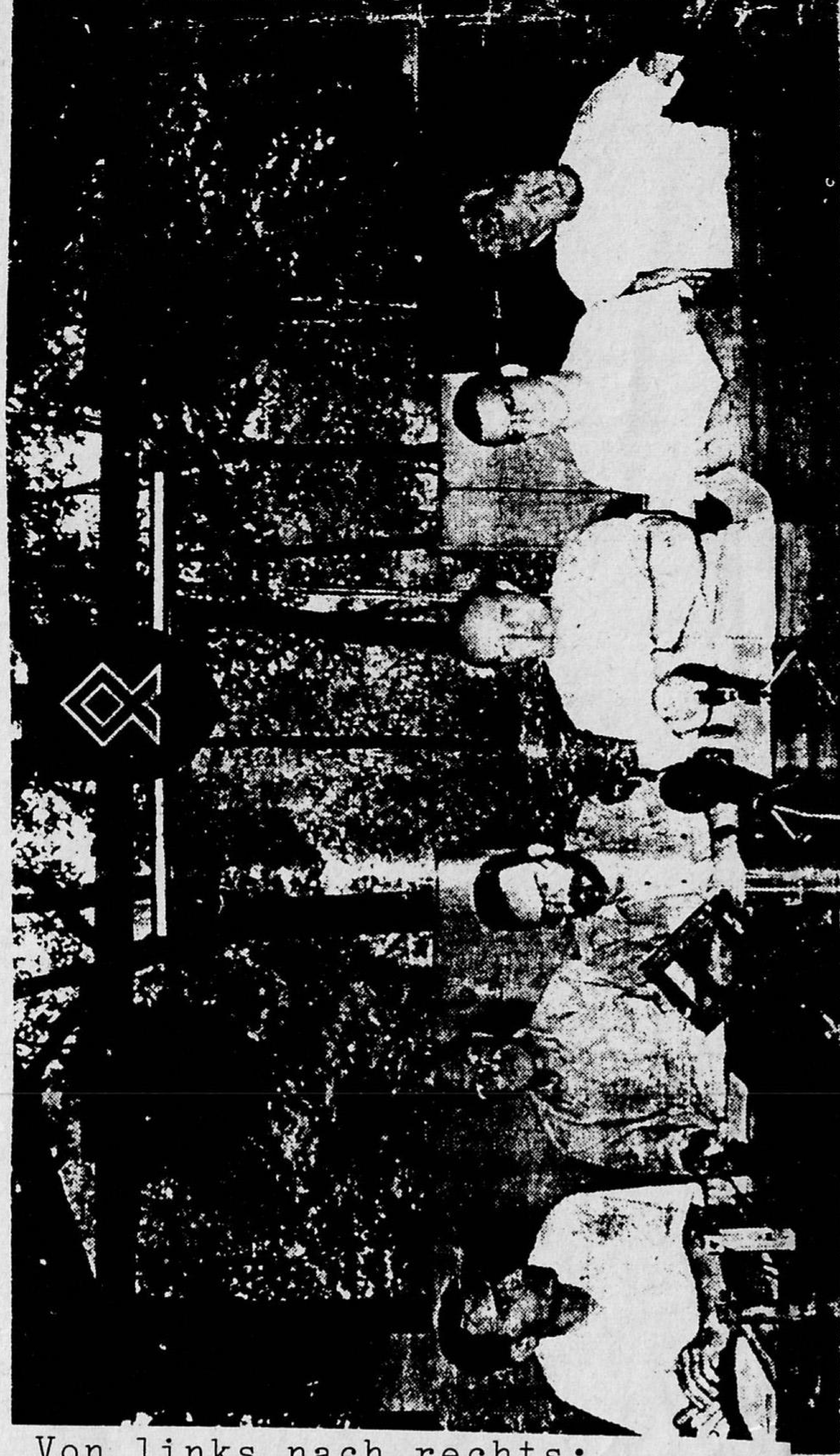
OHNE REVOLUTIONÄREN AUFBAU KEIN REVOLUTIONÄRER PROZESS

Juni 1992, Revolutionäre Gruppe Ausbruch (RGA)

INTERNATIONALES FASCISTENTREFFEN IN NORDKATALUNYEN (2.8.-9.8.)

In diesem Jahr bietet Spanien wirklich für jeden was.
- Olympia 92 für die Dopingfreunde.
- Expo für die Technik und Fortschrittsgläubigen, und alle Anhäger des Gropkapitals.
- 500 Jahre Kolumbus für Imperialisten und Völkermörder.

Bei so viel Feierlichkeit dürfen natürlich die Faschisten nicht fehlen. Allerdings hietten sie ihr kleine Zuzammenkumft mehr im Verborgenen ab.
Nachdem ihnen in ganz Europa kein Ort für ihr Treffen gegeben wurde fanden sie im Nordkatalunyischen Ort Olvan (500 Einw.) doch ein Fleckchen.
Dort mietete die spanische Faschistenorganisation CEDADE einen Zettplatz an, der schon seit Jahren von der fasch.Jugend organisation der Falange genutzt wird, um 1 Woche lang ein internationales Faschistentreffen abzuhalten.
Es kamen ca. 60 Faschos aus der ganzen Welt unter ihnen auch nahmenhafte Faschisten wie:
Pedro Varela (Cedade, hat letztes Jahr in Wunsiedel gesprochen), Manfred Roeder (BRD) Ilian Tzenov (Bulgarien), Karl Phillip (BRD, Holocaust Spezialist), Andreas Seidler (BRD) und Michael Pohl (BRD).
Der Rest bestand aus Leuten zwischen 18 und 30 aus BRD, Südafrika, Bulgarien, Frankeich, Italien, Belgien, Osterreich, Schweiz und näturlich Spanien.
Mit welchem Ziel das Treffen abgehalten wurde ist unklar.
Auffällig ist jedoch, dass es knapp 2 Wochen vor Wunsiedel stattan Sie hatten es nicht ofiziell angemeldet und die Familie der das Grundstück gehörte wusste "natürlich" nicht wer sich hinter CEDADE (Zentrum der Freunde von Europa) verbirgt.
Auch von offizieller Seite wurde das ganze mit Unwissenheit entschuldigt. Und die Lokalpolitiker bangten nur um den Ruf der Region und dasses sich nachteilig auf den Tourismus auswirken könnte.
Nennenwerten Wieder stand der Bevölkerung gabs leider nicht.
Zum Beginn des Treffens wurden Flugis in Olvan verteilt und später gabs nach kleine Sprühaktion im Ort und am Eingang der Zeltlagers.



Von links nach rechts:
Pedro Varela, Manfred Roeder, Ilian Tzenov, Karl Philipp, Andreas Seidler, Michele Pohl

---

Fortsetzung vom Vorwort:

Jetzt noch ein paar Grüße an die Antifa-Gruppe in Klötze/Salzwedel Wir haben uns total gefreut mal was aus eurer Gegend zu hören und Wünschen euch viel Erfolg bei und mit der Demo. Wir hoffen, daß ihr auch aus Berlin tatkräftige Unterstützung bekommen werdet.
Many greetings as well to our fans in Rotterdam: Thank you very much for your "schmeichelhaft" letter. A lot of love and power for your important Infoshop "Phönix".
Zur Anfrage bzgl. Ordner: Leider sind wir nicht im Stande Kopien aus dem Ordner zu verschicken, da dies unsere Kapazitäten bei weitem überschreiten würde. InteressentInnen bitten wir hiesige Infoläden zu kontaktieren, in der Hoffnung, daß ihr dort mehr Erfolg habt.









Prozeß-Prozeß-Prozeß-Proze

Hallo Leute,
Ihr habt sicher noch die Ereignisse vom Sommer im Gedächtnis, als Gefangene die Dächer der Knäste in Rheinbach, Santa Fu und Straubing besetzten, um gegen ihre miesen Haftbedingungen zu kämpfen.
Durch Zwangsverlegung der Gefangenen und herauszögern der Anklage bzw. des Prozesses versuchte der Staat eine Solidarisierung mit den kämpfenden Gefangenen zu verhindern.
Der **"Rheinbach-Prozeß"** gegen Heinz-Günher Funk, der nach der Dachbesetzung in Rheinbach nach Bielefeld zwangsverlegt und dort der Isolationshaft unterworfen wurde, ist für den

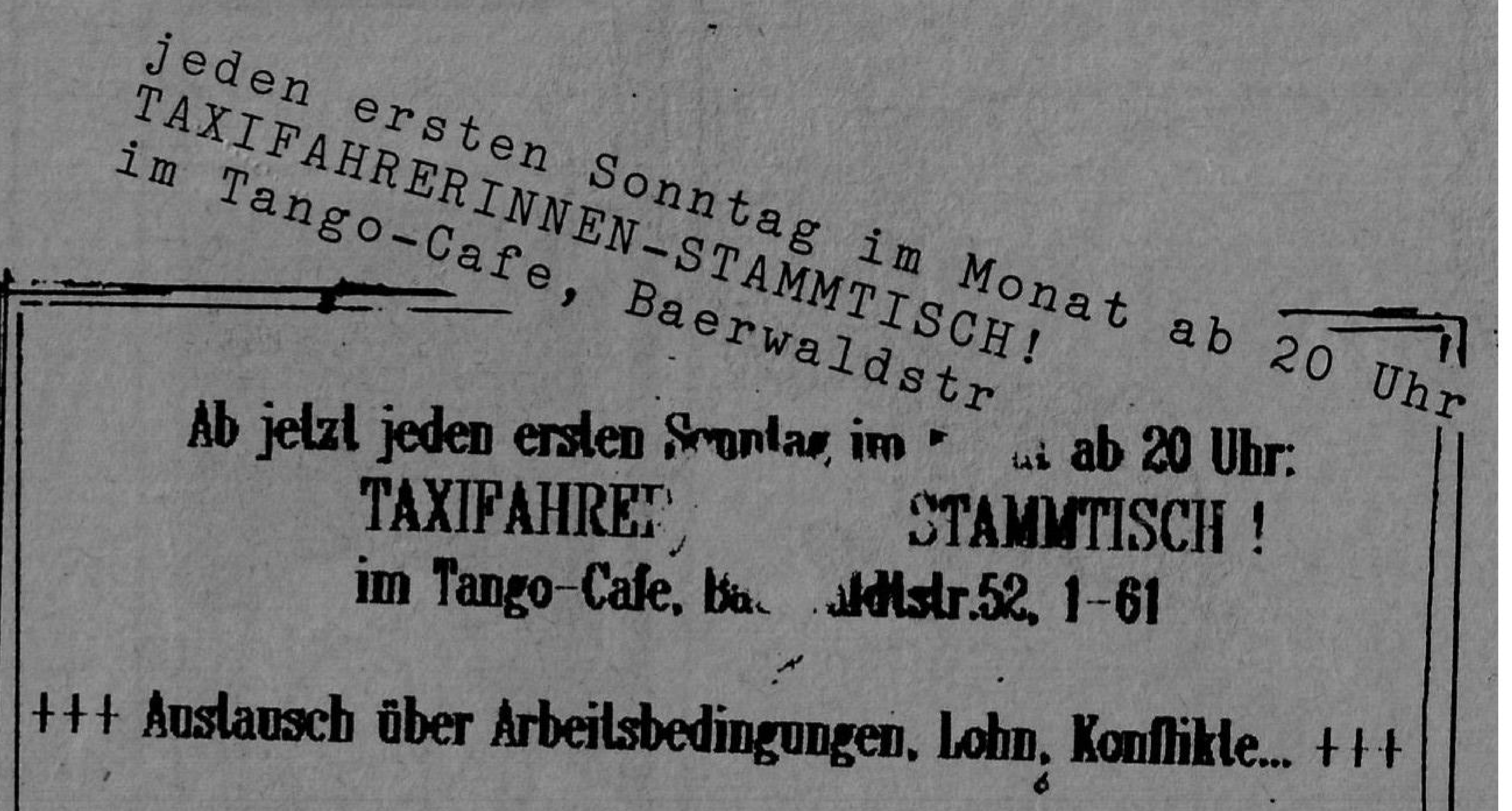
19. August/ 21. August/ 26. August/ 28. August
jeweils um 9.00 Uhr / Landgericht Bonn / Saal 13b

angesetzt worden. Klar ist, daß in diesem Prozeß vor allem der Widerstand gegën das Knastsystem angeklagt wird.
Ob noch andere Dachbesetzer in diesem Prozeß angeklagt werden, wissen wir leider nicht.
Solidarisiert Euch mit Heinz-Günther Funk und den anderen Dachbesetzern!
Kommt zum Prozeß!
Gebt bitte Rückantwort, wenn Ihr Euch an der "Prozeßbeobachtung" beteiligt.
Rückantwort an:

Initiativkreis Gefangenenarbeit,
4600Dortmund 1, Lessingstr. 18
Tel.: 0231 / 82 70 00

Für eine Gesellschaft ohne Knäste

jeden ersten Sonntag im Monat ab 20 Uhr
TAXIFAHRERINNEN-STAMMTISCH!
im Tango-Cafe, Baerwaldstr



Liebe/r TaxifahreIn : Du konntest dich wohl nicht entscheiden, ob du den Brief zukleben oder einfach nur die Lasche reinstecken wolltest. Uns ist es egal, aber wenn du die angeschleckte Lasche in das Briefcouvert steckst zerstörst du dir deine eigene Vorlage.

AntiFa-Café-Wedding

in der Putte, Osloerstr.12, 2.HH, 2.Etage

Filme + Vorträge + Diskussionen

6.September
Infoveranstaltung
zum Prozeß in Eberswalde gegen Neonazis wegen des Mordes an Amadeo Antonio, einem angolanischen Vertragsarbeiter
anschließend Diskussion

20.September
Film "Helden für Deutschland" (1992)
Neonazis in der BRD nach dem 9.11.89
anschließend Diskussion

Café + Broschüren + Bücher

Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat jeweils ab 17 Uhr

Sonntag 30. Aug.

15°° Fahrrad-reparieren auf der Brücke

17°° Radtour zum Straßenfest Bernauer Straße



OBERBAUMBRÜCKE BLEIBT STADTRINGLÜCKE

MieterInnen - Demo

um 17.30

am 9.9.



am Roten Rathaus